

IV. 1946–1948 – Der Kalte Krieg und der Nahe Osten

„Palästina ist ein Beispiel für die sehr scharfen Gegensätze in der Politik der Vereinigten Staaten und Englands im Nahen Osten. [...]“

Es ist durchaus möglich, dass der Nahe Osten ein Zentrum anglo-amerikanischer Gegensätze wird, welches die jetzt erreichten Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und England platzen lässt.“¹

(Novikov-Telegramm, September 1946)

1. Förderung der Differenzen zwischen kapitalistischen Staaten

Die Entwicklung der Nachkriegsjahre verstärkte die Interessenkorrelation, die sich gegen Ende des Krieges bereits zwischen den zionistischen Bestrebungen und sowjetischen Zielen herauskristallisiert hatte. Angesichts der Tatsache, dass es der Sowjetunion im Zuge der Friedensverhandlungen nicht gelang, ihren Einfluss in den angrenzenden Staaten im Süden der Sowjetunion zu festigen, nahm die Bedeutung der westlichen Kolonien bzw. abhängigen Staaten stark zu. Insbesondere da mit Ende des Krieges die Gegensätze zwischen der UdSSR und dem Westen wieder hervorzubrechen begannen und erstmals offen im März 1946 in der Rede des ehemaligen britischen Premierministers Winston Churchill bei Anwesenheit des US-amerikanischen Präsidenten, Harry S. Truman, im Westminster College in Fulton formuliert wurden.² Dabei zeichnete sich gleichzeitig eine wachsende Kooperation der beiden Westmächte, der USA und Großbritanniens, ab. Auch im Nahen Osten hatte sich eine solche westliche Zusammenarbeit angedeutet, als der neugewählte US-Präsident Truman nach dem Krieg von Großbritannien forderte, jüdische Immigranten nach Palästina über die im Weißbuch festgelegten Restriktionen hinaus zuzulassen. Zwar widersprach dies den britischen Interessen, aber aufgrund der allgemeinen Schwächung nach dem Krieg strebte die britische Regierung eine kooperierende Politik mit den USA an. Der britische Außenminister Ernest Bevin reagierte daher auf den Druck und kündigte für 1946 ein anglo-amerikanisches Untersuchungskomitee an, welches sich mit der Situation der Juden in Europa und in diesem Kontext auch mit dem Palästinaproblem beschäftigen sollte. Die UdSSR lehnte dieses Untersuchungskomitee, dessen Befunde am 13. April 1946 bekannt gegeben wurden, ab, da sie in den Entscheidungsprozess nicht einbezogen worden war. Für die UdSSR stellte dies außerdem den Versuch dar, das britische Mandat fortzusetzen und damit „das Eingreifen anderer Staaten in die Lösung des Palästinaproblems zu verhindern, bis Palästina vollkommen in britischem und amerikanischem Besitz war“.³ Das Untersuchungskomitee hatte empfohlen, einen einheitlichen jüdisch-

¹ The Novikov Telegram, Washington, 27.9.1946, in: Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*, S. 10, 13.

² Vgl. hierzu die Rede „The Sinews of Peace“, die Winston S. Churchill am 5.3.1946 in Fulton, Missouri, im Westminster College hielt, http://www.nato.int/docu/speech/1946/S460305a_e.htm (7.6.2009).

³ Memorandum vom stellvertretenden Leiter der Nahostabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. A. Maksimov, 15.5.1946, zur Palästinafrage, in: SIO, Bd. 1, S. 145.

arabischen Staat mit gleichen Rechten in Palästina zu gründen, sofort 100 000 Juden immigrieren zu lassen und das britische Mandat solange zu bewahren, bis die UN es zu einem Treuhandgebiet erklärten.⁴ Unabhängig von der Kommission hatte England im Januar 1946 zudem angekündigt, Transjordanien, das bis dahin Teil des Mandatsgebietes Palästina war, als unabhängigen Staat zu etablieren. Dies war ein weiterer Versuch, die britische Position zu bewahren, was mit der Unterzeichnung der Paktvereinbarungen mit Transjordanien im März 1946 als gelungen anzusehen war.

Auch wenn es rückblickend einige Indizien und interne Zeugnisse gibt, die für einen Wandel der sowjetischen Politik im Nahen Osten seit ca. 1944/1945 sprechen, so äußerte sich der Kreml offiziell erstmals in Reaktion auf die Ergebnisse dieses anglo-amerikanischen Komitees. In Moskau war man zu dem Schluss gekommen, dass Zurückhaltung in diesem Kontext als Zustimmung gewertet werden könnte. Zudem würden sich, wie die Nahostabteilung des sowjetischen Außenministeriums in einem geheimen Memorandum konstatierte, sowohl Araber als auch Juden für eine Lösung an die Sowjetunion wenden, und so sei es erforderlich, den Standpunkt öffentlich zu machen.⁵ Allerdings blieb die sowjetische Stellungnahme weiterhin allgemein. Sie sprach dem Komitee die Zuständigkeit ab und forderte eine sofortige Beendigung des britischen Mandats und eine Entscheidung durch die UNO. Noch immer ging es darum, angesichts der fehlenden Handlungsfähigkeit eine einseitige Positionierung zu vermeiden.

Für die UdSSR wurden zunehmend zwei Faktoren relevant. Sie brauchte ein Element, das die Festigung des britischen und des amerikanischen Einflusses nach dem Krieg verhinderte, und sie suchte ebenso nach Wegen, um die wachsende anglo-amerikanische Kooperation zu schwächen. Eine anonyme Vertrauensperson, ein Mitarbeiter einer osteuropäischen Botschaft in Washington, interpretierte die sowjetische Politik in einem Gespräch mit Eliahu Epstein Anfang 1946 folgendermaßen:

„Russland wird versuchen, dass die muslimische und die arabische Welt sich gegen Großbritannien wendet und wenn nötig auch gegen Amerika. Nichts wird sie stoppen, dieses Ziel zu erreichen, solange Großbritannien und Amerika keine Bereitschaft zeigen, die russischen Forderungen nach einer sowjetischen Sicherheitszone unter unangefochtener russischer Kontrolle zu akzeptieren, was, soweit der Nahe Osten betroffen ist, auch die Türkei und Nordiran einbeziehen sollte.“⁶

In der Tat sei die sowjetische Regierung allerdings weder pro- noch antizionistisch eingestellt. „Die alten antizionistischen Vorurteile, die in den führenden russischen Zirkeln der ersten Tage des Sowjetregimes stark waren, sind mit der jungen Generation russischer Staatsmänner und Diplomaten praktisch verschwunden.“⁷ Ausschlaggebend wären für Moskau im Hinblick auf eine Entscheidung für oder gegen die jüdischen nationalen Bestrebungen nur realistische Erwägungen.

Im Herbst 1946 gab Molotov bei Nikolaj V. Novikov⁸, dem sowjetischen Botschafter in Washington, eine Analyse der außenpolitischen Tendenzen der USA in Auftrag. Die Vorga-

⁴ Die Ergebnisse der Untersuchungskommission wurden in zwei Bänden veröffentlicht: *A Survey of Palestine*.

⁵ Memorandum vom stellvertretenden Leiter der Nahostabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. A. Maksimov, 15. 5. 1946, zur Palästinafrage, in: SIO, Bd. 1, S. 145.

⁶ Ben Gurion Archive, Brief E. Epsteins an M. Schertok, vertraulich, 27. 2. 1946, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 1, S. 300.

⁷ Ebenda, S. 300f.

⁸ Nikolaj Vasil'evič Novikov (1903–1989), russischer Diplomat, war 1939–1943 Mitarbeiter des NKID, 1943–1945 sowjetischer Gesandter in Ägypten und 1946–1947 Botschafter in den USA.

ben Molotovs waren ziemlich konkret, so dass Novikov nach eigenen Aussagen vor allem die Ausarbeitung zukam.⁹ Die Schlussfolgerung dieses Schlüsseldokuments der Anfangsphase des Kalten Krieges war, dass die englischen und amerikanischen Interessen nach dem Krieg kollidieren und ansatzweise zu einer Spaltung des imperialistischen Lagers führen würden. Während sich die beiden Mächte bezüglich der Interessensphären in Asien weitgehend geeinigt hätten, sei ein Kompromiss in Bezug auf die Mittelmeerregion mit allen angrenzenden Ländern aufgrund der besonders starken geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen beider Länder so kompliziert, dass sich diese Differenzen leicht verstärken ließen und der Nahe Osten „ein Zentrum anglo-amerikanischer Gegensätze“ würde.

„Die Vereinigten Staaten sind nicht an der Bereitstellung von Hilfe und Unterstützung für das britische Empire an dieser verwundbaren Stelle interessiert, sondern vielmehr an ihrer eigenen Durchdringung des Mittelmeerbeckens und des Nahen Ostens, von denen die Vereinigten Staaten durch die natürlichen Ressourcen des Raums, hauptsächlich Öl, angezogen werden.“¹⁰

Der Nahe Osten wurde demnach zu einem neuen Mittelpunkt sowjetischer Außenpolitik: Ideologische und strategische Zielsetzung war, die westlichen Differenzen weiter zu provozieren und zu steigern und so „die Entstehung einer neuen Bedrohung der Sicherheit der südlichen Regionen der Sowjetunion“¹¹ zu verhindern. Nicht nur beiläufig wurden dabei die Vorteile der Region benannt: Die Betonung lag auf den guten Konditionen für die Flottennutzung, wofür der Nahe Osten Häfen bot, und auf den Ölreserven. In dieser Hinsicht bildeten Palästina und Ägypten die beiden Zentren für die amerikanische und somit auch die sowjetische Aufmerksamkeit. Nach Meinung Molotovs nahm gerade Palästina in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle ein, da die Interessen der beiden Westmächte hier stark auseinandergingen:

„Palästina ist ein Beispiel für die sehr scharfen Gegensätze in der Politik der Vereinigten Staaten und Englands im Nahen Osten. Die Vereinigten Staaten haben dort zuletzt große Initiative an den Tag gelegt und so für England viele Schwierigkeiten geschaffen, wie im Fall der US-Forderung, dass 100 000 Juden aus Europa die Einreise nach Palästina erlaubt werde. Die amerikanischen Interessen an Palästina, nach außen hin als Sympathie für die zionistische Sache geäußert, deuten tatsächlich nur die Wünsche des amerikanischen Kapitals an, sich in die palästinensischen Angelegenheiten einzumischen und auf diese Weise die Wirtschaft zu durchdringen. Die Wahl eines Hafens in Palästina als einen der Endpunkte der amerikanischen Ölpipelines erklärt sehr viel hinsichtlich der Außenpolitik der Vereinigten Staaten in der Palästinafrage.“¹²

Die Gleichzeitigkeit der amerikanischen Forderung nach erhöhter jüdischer Einwanderung nach Palästina und der wirtschaftlichen Penetration des Landes zwecks Öltransporten zeigte für den Kreml nicht nur die Differenzen zu englischen Interessen auf, sondern ließ auch vermuten, dass die USA eine Teilung Palästinas unterstützen würden, um mit der Etablierung eines jüdischen Staates den englischen Einfluss zurückzudrängen, wodurch sich eine deutliche Kongruenz mit der sowjetischen Zielsetzung ergab. Andererseits wurde die steigende Militär- und vor allem Flottenpräsenz der USA von Moskau als drohende Einkreisung perzipiert. So erklärte Botschafter Novikov, dass „die Vereinigten Staa-

⁹ Novikov schildert in seinen Memoiren seine Verärgerung über die inhaltlichen Vorgaben Molotovs und betont, wie sehr dieser Vorfall zu seiner allgemeinen Unzufriedenheit beigetragen habe. Molotov habe auf die Ausarbeitung seiner Thesen und Schlussfolgerungen in der Analyse bestanden, da er diese „für den Nutzen der Sache“ brauche. Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 352f.

¹⁰ The Novikov Telegram, Washington, 27.9.1946, in: Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*, S. 10.

¹¹ Ebenda, S. 11.

¹² Ebenda, S. 10f.

ten beschlossen haben, ihre Position im Mittelmeerraum zu festigen, um ihre Interessen in den Ländern des Nahen Ostens zu fördern, und dass sie die Marine als Instrument für diese Politik ausgewählt haben. Auf der anderen Seite stellen diese Vorgänge eine politische und militärische Demonstration gegen die Sowjetunion dar.¹³ Der Konflikt in Palästina schien aus dieser Perspektive eine gute Möglichkeit zu bieten, die Spannungen zwischen den englischen und den amerikanischen Interessen zu steigern und damit den jeweiligen Machtanspruch, vor allem den britischen Machtbereich, zu spalten. Dahinter stand sowohl das Bedürfnis, einer klar perzipierten Gefährdung der sowjetischen Sicherheit durch eine westliche Einkreisung zu begegnen, als auch das Ziel der eigenen ideologischen Einflussnahme als einer Sicherheitsgarantie. In Erinnerung an die Anfänge des Kalten Krieges offenbaren Molotovs Gedanken den defensiven bzw. offensiven Charakter dieser zwei Faktoren für die Entwicklung. Der Kalte Krieg habe mit der Rede Churchills begonnen, stellte er in den 1970er Jahren in Gesprächen mit dem russischen Dichter Feliks Čuev¹⁴ fest: „All das hing einfach von ihnen ab“, räumte dann allerdings ein:

„[...] oder weil wir in der Offensive waren. Sie [der Westen] haben ihre Haltung uns gegenüber natürlich verhärtet, wir aber mussten das sichern, was wir erkämpft hatten. Aus einem Teil Deutschlands haben wir unser eigenes sozialistisches Deutschland gemacht, und die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien – sie waren ebenso in einem schwachen Zustand, so dass es nötig war, überall Ordnung zu schaffen. Die kapitalistische Ordnung herauspressen. Das war der ‚Kalte Krieg‘. Natürlich ist es nötig, das Maß zu kennen. Ich meine, dass das Maß von Stalin in dieser Beziehung sehr strikt eingehalten wurde.“¹⁵

Das US-amerikanische Interesse am Nahen Osten, insbesondere an Palästina, bot der UdSSR die Aussicht auf ein geschwächtes britisches Imperium, welches nach Meinung Molotovs ansonsten fast unmöglich zu erreichen war.¹⁶ In dieser Hinsicht verstärkten einige Entwicklungen im Frühjahr und Sommer 1947 den Druck auf die sowjetische Politik. Am 12. März 1947 wurde die Truman-Doktrin¹⁷ bekannt gegeben, mit der die US-amerikanische Eindämmung des sowjetischen Einflusses eingeleitet wurde. Außerdem kam es zur Veröffentlichung des 1946 verfassten „langen Telegramms“¹⁸ von George Kennan, der als Mitarbeiter der US-Botschaft in Moskau den Westen dazu aufforderte, sich gegen die aggressive sowjetische Politik zu vereinen. Beide Dokumente verdeutlichten die Intensivierung der Zusammenarbeit des Westens. Die Verkündung des Marshall-Plans im Juni 1947 bildete dabei einen Höhepunkt der Entwicklung, die vom Kreml als Versuch der Isolierung der UdSSR rezipiert wurde. Die zunehmende Kooperation zwischen Großbritannien

¹³ Ebenda, S. 11.

¹⁴ Feliks Ivanovič Čuev (1941–1999), russischer Dichter und Publizist, führte in den Jahren 1969–1986 regelmäßige Gespräche mit Molotov, die er nach dessen Tod als 140 Gespräche mit Molotov veröffentlichte.

¹⁵ Čuev, Molotov. *Poluderžavnyj vlastelin*, S. 115f.

¹⁶ Ebenda, S. 42. Einen möglichen Krieg der UdSSR mit England bezeichnete Molotov als Abenteuerum, ironisch äuernd: „Versuch mal einen Krieg gegen England zu beenden!“ (S. 128).

¹⁷ Mit Truman-Doktrin wird die Ansprache des US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman an den Kongress vom 12.3.1947 bezeichnet, in der er für finanzielle Hilfe für vom Kommunismus bedrohte Staaten wie Griechenland und die Türkei plädierte. Vgl. Truman Doctrine, 12.3.1947, http://avalon.law.yale.edu/20th_century/trudoc.asp. (10.9.2009).

¹⁸ George Kennan schrieb aus Moskau am 22.2.1946 ein langes Telegramm an den Präsidenten und den Außenminister, in dem er die sowjetische Politik analysierte. Das „Long Telegram“ Kennans hatte einen enormen Einfluss auf die politische Diskussion und gilt heute als bedeutendes Zeugnis der US-amerikanischen Perzeption und Politik der Kalten-Kriegs-Konfrontation mit der UdSSR. Vgl.: The Kennan „Long Telegram“, Moskau, 22.2.1946, in: Jensen (Hg.), *Origins of the Cold War*, S. 17–31.

und den USA und die wachsende Anspannung der internationalen Lage förderten die „antiimperialistische“ Politik des Kreml nicht zuletzt als Mittel, um die Einheit der kapitalistischen Staaten und die zunehmende diplomatische Isolierung des sozialistischen Staates aufzubrechen.

2. Unterstützung für die Staatsgründung Israels

2.1. Die UdSSR und die UNO-Resolution über Palästina

Die Fokussierung Palästinas als Schwachstelle des britischen Imperiums erwies sich im Frühjahr 1947 als richtig. Großbritannien trat die Entscheidung über die Zukunft des Landes aufgrund der Ausbreitung des Bürgerkrieges in Palästina und des Scheiterns verschiedener Lösungsversuche, zuletzt der Londoner Konferenz¹⁹, an die Vereinten Nationen ab. Dies bot der UdSSR erstmals die erhoffte Mitsprachemöglichkeit im Rahmen der UNO. In einer öffentlichen Stellungnahme vor der Generalversammlung der UNO am 14. Mai 1947 sprach sich der sowjetische Vertreter Andrej Gromyko offen für zwei Lösungsmöglichkeiten aus: Vorzugsweise sollte ein gemeinsamer jüdisch-arabischer Staat gegründet werden. Sollte sich dies als unmöglich erweisen, so war eine Teilung Palästinas anzuvizieren. Die Argumentation basierte dabei, und dies war für eine sowjetische Stellungnahme aufgrund der antizionistischen Grundhaltung der Kommunisten besonders überraschend, ausschließlich auf dem moralischen Recht des jüdischen Volkes als Opfer des Nationalsozialismus den Schutz eines eigenen Staates, eines nationalen Heims zu beanspruchen. „Es wäre ungerecht, diesem nicht Rechnung zu tragen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieses Bestrebens abzulehnen“²⁰, stellte Gromyko fest. Die inhaltlichen Direktiven für das Statement hatte Gromyko selbst erst am Tag der Sitzungseröffnung, am 4. Mai, erhalten.²¹ Eine zentrale Funktion nahm in der Rede die Darlegung ein, dass das englische Mandatsystem gescheitert sei und sich als illegitim erwiesen habe. Die Tatsache, dass diese Ausführungen zirka vierzig Prozent der Rede ausmachten und noch dazu an den Anfang gestellt wurden, war ein klares Indiz für die Hauptintention der sowjetischen Politik, nämlich den englischen Einfluss in Palästina zu beseitigen.

In Palästina hatte die Rede Gromykos eine enorme Wirkung. Wochenlang bestimmte sie vor allem die Diskussionen der jüdischen Bevölkerung und wurde als bedeutendes Zeugnis für einen sowjetischen Haltungswechsel gegenüber dem Zionismus gewertet.²² Ben Gurion wies in seiner Reaktion auf die Wichtigkeit dieser Rede aufgrund der Benennung und Berücksichtigung der Leiden der Juden im Zweiten Weltkrieg hin. Darüber hinaus

¹⁹ Die Londoner Konferenz fand vom 27. 1. bis 14. 2. 1947 statt und sollte ursprünglich Gespräche sowohl mit der jüdischen Vertretung, der Jewish Agency, als auch mit der arabischen Vertretung, dem Arab Higher Committee, beinhalten. Nachdem zunächst beide Parteien die Teilnahme verweigert hatten, zeigte das Arab Higher Committee schließlich Bereitschaft und reiste zu den Gesprächen an. Die Jewish Agency lehnte eine Teilnahme weiter ab. Die Araber brachten ihre absolute Opposition gegen die Teilung Palästinas zum Ausdruck.

²⁰ Rede des ständigen sowjetischen Vertreters bei der UNO, A. A. Gromykos, 14. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 216.

²¹ CZA S25/1694, E. Epstein an M. Schertok, 20. 6. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 412. Vgl. auch den Kommentar ebenda, S. 368.

²² Aus einem Rundschreiben der Abteilung Diaspora und die Organisation Chalutz des ZK der MAPAJ-Partei, 29. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 221.

hatte erstmals ein Vertreter der Sowjetunion die Entschlossenheit der Juden zur Staatsgründung konstatiert und diese auch für legitim erklärt. „Das Bedeutende und Unerwartete der Rede Gromykos jedoch besteht nicht in der Darlegung der Katastrophen des jüdischen Volkes, sondern in der politischen Schlussfolgerung, welche hierfür aus der Analyse der Situation, in welcher die Juden sich befinden, gezogen wurde.“²³ Dass eine sowjetische Stellungnahme so ausfallen würde, kam selbst für die meisten zionistischen Akteure überraschend, die sich jahrelang genau um solch eine Positionierung von Seiten des Kreml bemüht hatten.

Das von der UNO in der Folge mit der Lösung beauftragte UN-Sonderkomitee für Palästina (UNSCOP)²⁴ konnte außer der Überzeugung, dass das britische Mandat baldmöglichst aufgehoben und Palästina unabhängig werden müsse, kein einheitliches Ergebnis vorlegen. Als Mehrheitsbeschluss von sieben der elf im Komitee vertretenen Staaten empfahl es der Generalversammlung der UNO Ende August 1947 allerdings die Teilung Palästinas, verbunden mit einer Wirtschaftsunion der beiden Staaten und internationaler Kontrolle über die Stadt Jerusalem unter UNO-Verwaltung. Die Auflösung der Mandatsverwaltung und der Rückzug der britischen Truppen hatten spätestens bis zum 1. August 1948 zu erfolgen, in immigrationsrelevanten Gebieten des zukünftigen jüdischen Staates schon bis zum 1. Februar, um eine britische Einmischung zu vermeiden.²⁵ Diese Empfehlung, die der Abstimmung schließlich zugrunde lag, wurde von den Juden in Palästina begrüßt, während sie bei den Arabern auf heftige Opposition traf.

Wie ein nun veröffentlichtes, als geheim klassifiziertes Telegramm des Außenministers Molotov an seinen Stellvertreter A. Ja. Wyšinskij vom 30. September 1947 aufzeigt, entsprach die Teilung Palästinas aber, entgegen der Darstellung in der Rede Gromykos, der eigentlichen Präferenz der sowjetischen Position, ohne dass die Initiative von der Sowjetunion selbst hatte ausgehen müssen. Zwar hatte die Sowjetunion vor der UNO einen gemeinsamen Staat für Juden und Araber als erste von zwei Lösungen favorisiert, doch korrespondierte dies nicht mit der eigentlichen sowjetischen Zielsetzung, sondern verhinderte vielmehr negative Auswirkungen durch eine Positionierung des Kreml in dieser Hinsicht. Molotov erläuterte seine Instruktion folgendermaßen:

„Sie müssen berücksichtigen, dass taktische Überlegungen unseren Vorschlag der ersten Variante für die Lösung der Palästinafrage – der Gründung eines binationalen Staates motivierten. Wir wollten nicht die Initiative für die Gründung eines jüdischen Staates übernehmen, aber die zweite Variante der oben genannten Direktive, die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates, drückt besser unsere Position aus. Da sich nach der Untersuchung die Mehrheit des UN-Komitees für die Schaffung eines eigenen jüdischen Staates ausgesprochen hat, sollten Sie die Mehrheitsmeinung unterstützen, die unserer grundlegenden Position zu dieser Frage entspricht.“²⁶

²³ Ebenda, S. 221f.

²⁴ Am United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP) waren Repräsentanten von elf Staaten beteiligt: Australien, Jugoslawien, Iran, Indien, Tschechoslowakei, Kanada, Guatemala, Niederlande, Schweden, Peru, Uruguay. UNSCOP führte Untersuchungen und Befragungen zur Lage in Palästina und den umliegenden Staaten durch.

²⁵ Während sieben Teilnehmer (Mehrheitsbeschluss) für die Teilung stimmten (Peru, Kanada, Tschechoslowakei, Guatemala, Niederlande, Uruguay, Schweden), waren drei (Minderheitsbeschluss) für einen arabisch-jüdischen Einheitsstaat (Indien, Iran, Jugoslawien). Australien enthielt sich. Vgl. den Mehrheitsbeschluss im Detail: *The Partition of Palestine: Resolution of the United Nations General Assembly (Excerpts)*, 29. 11. 1947, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 144ff.

²⁶ Telegramm des Außenministers V. M. Molotov an den stellvertretenden Außenminister A. Ja. Wyšinskij, 30. 9. 1947, über die sowjetische Position zu Palästina, in: SIO, Bd. 1, S. 251f.

So verhinderte die UdSSR eine Beeinflussung der westlichen Entscheidung aufgrund ihrer Haltung und trat auch gegenüber der arabischen Welt nicht als Hauptentscheidungs-träger auf, sondern konnte sich stets auf den Mehrheitsentscheid der UNO beziehen.

Im Laufe des Oktobers erhielten die jüdischen Repräsentanten schon verschiedene interne Zusagen darüber, dass die UdSSR für die Teilung stimmen würde und sich, sollte dies scheitern, außerdem für die weitere Immigration von Juden nach Palästina einsetzen würde.²⁷ In seiner zweiten Rede vor der Generalversammlung der UNO am 26. November 1947 betonte Gromyko allerdings, dass sich die Entscheidung für die Teilung Palästinas gemäß dem Mehrheitsbeschluss nicht gegen die Araber richte, sondern „den grundlegenden nationalen Interessen beider Völker, den Interessen sowohl des jüdischen als auch des arabischen Volkes“ entgegenkomme.²⁸ Während er den historischen Anspruch der Juden auf Palästina erneut bejahte, unterstrich Gromyko gleichzeitig die sowjetische Solidarität mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Araber. Die arabische Kritik an der sowjetischen Entscheidung lehnte er als Affektreaktion in der Überzeugung ab, dass „die Araber und die arabischen Länder nicht nur einmal noch in Richtung Moskau blicken werden, Hilfe von der Sowjetunion erwartend im Kampf für ihre legalen Interessen: dem Versuch, sich von den Resten ausländischer Abhängigkeit zu befreien.“²⁹ Als Grund für die Unterstützung der Teilung und die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates gab er die sowjetische Anwaltschaft für die Selbstbestimmung der Völker an. Ebenso wurde aber erneut die Notwendigkeit der Auflösung des britischen Mandats herausgestellt, die englische Politik verurteilt und das Scheitern der englischen Verwaltung aufgezeigt.³⁰ Drei Tage später, am 29. November, befürworteten unter anderen fünf osteuropäische Staaten, darunter die UdSSR, den Plan der Teilung Palästinas. Dies war ein ausschlaggebender Faktor für die Abstimmung in der Generalversammlung, denn nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache wurde mit 33 von 46 Stimmen bei zehn Enthaltungen eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die UNO-Teilungsresolution erreicht.³¹ Als noch vor Ablauf eines halben Jahres, in der Nacht auf den 15. Mai 1948 der Staat Israel ausgerufen wurde, war es die UdSSR, die den neuen Staat als Erste de jure anerkannte. Die USA hatten Israel zunächst de facto anerkannt.

Die sowjetische Entscheidung für die Teilung Palästinas war ein typisches Beispiel zentralisierter stalinscher Außenpolitik. Die Vermutung, wie sie z. B. der Nahostspezialist Wal-

²⁷ Die Information kam sowohl von jugoslawischen und polnischen Quellen als auch von A. Gromyko. Siehe hierzu: CZA S25/5471, M. Schertok an G. Meyerson, 11. 10. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 722; CZA S25/1698, Z. Sharef an das Jewish Agency Office in New York, 15. 10. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 728.

²⁸ Rede des ständigen Vertreters der UdSSR bei der UNO, A. A. Gomyko, im Plenum der Sitzung der zweiten Sitzung der Generalversammlung der UNO, 26. 11. 1947, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 9.

²⁹ Ebenda, S. 10.

³⁰ Ebenda, S. 11.

³¹ Die Abstimmung über die Mehrheitsentscheidung des Ad-hoc-Komitees fiel folgendermaßen aus: 33 Zustimmungen (USA, UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Ukrainische Sozialistische Sowietrepublik, Byelorussische Sozialistische Sowietrepublik, Frankreich, Kanada, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Schweden, Australien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guatemala, Haiti, Island, Liberia, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Panama, Paraguay, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela, Südafrika), 13 Gegenstimmen (Indien, Griechenland, Kuba, Ägypten, Afghanistan, Iran, Irak, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, Türkei, Jemen), 10 Enthaltungen (UK, Jugoslawien, China, Äthiopien, Argentinien, Chile, Kolumbien, El Salvador, Honduras, Mexiko). Hierzu im Detail: *The Partition of Palestine: Resolution of the United Nations General Assembly* (Excerpts), 29. 11. 1947, in: Magnus (Hg.), *Documents on the Middle East*, S. 144ff.

ter Laqueur angestellt hat, dass die Palästinafrage für derart unwichtig eingestuft wurde, dass sie in Unterabteilungen getroffen worden sein könnte, ist völlig unzutreffend.³² Das bezeugt der intensive Schriftverkehr zwischen Molotov und Vyšinskij, dem Repräsentanten bei der UNO, welcher auch in enger Absprache mit Stalin erfolgte.³³ Die Entscheidung trafen Stalin und Molotov, wie Letzterer auch im Gespräch mit Čuev später betonte:

„Außer uns waren alle dagegen. Außer mir und Stalin. Es haben mich einige gefragt: Warum habt ihr das unterstützt? Wir sind Advokaten internationaler Freiheit. Warum sollten wir dagegen sein, wenn das genau genommen hieße, eine feindliche Politik in der nationalen Frage zu verfolgen. In unserer Zeit, das ist richtig, waren und blieben die Bolschewiki gegen den Zionismus eingestellt. Und sogar gegen den Bund, obwohl dieser als sozialistische Organisation galt. Aber eine Sache ist es, gegen den Zionismus zu sein, [...] eine andere, gegen das jüdische Volk zu sein.“³⁴

Molotov betonte, sich auf die 1930er, 1940er und 1950er Jahre beziehend, dass Diplomaten keinerlei Freiraum für Eigeninitiative oder eigene Entscheidungen hatten, „weil alles fest in den Händen von Stalin und mir war“.³⁵ In dieser vollkommen zentralisierten Struktur hätten Diplomaten nur Stalins Instruktionen ausgeführt. In der Tat erhielten sowohl Gromyko als auch Vyšinskij die inhaltlichen Vorgaben erst kurz vor der jeweiligen Rede bzw. Abstimmung per Telegramm.

Gleichzeitig kann die Abstimmung über Palästina auch als Beispiel dafür gelten, dass es in einigen Fragen eine weitgehend eigenständige, vom Kreml unabhängige Politik der osteuropäischen Staaten geben konnte. Tatsächlich hatten sowohl der tschechoslowakische als auch der polnische Vertreter ihre Instruktionen wesentlich früher als die sowjetischen erhalten und verfolgten eine prozionistische Politik, was in diesem Fall die Unterstützung der Teilung bedeutete.³⁶ Diese Haltung der beiden osteuropäischen Staaten war Vertretern der Jewish Agency durchaus bekannt. Neben den innenpolitischen Motiven wurde insbesondere in Bezug auf die Tschechoslowakei betont, dass die politischen Entscheidungsträger den zionistischen Zielen sehr gewogen waren.³⁷ Gerade Beneš hatte, wie bereits geschildert, seine Solidarität mehrfach ausgedrückt. So war verschiedentlich, aber insbesondere von Nahum Goldmann, bereits zu Beginn des Jahres 1947 die feste Überzeugung ausgedrückt worden, dass beide Staaten für die Staatsgründung stimmen würden

³² Vgl. hierzu Laqueur, *The Soviet Union and the Middle East*, S. 147.

³³ Siehe den Austausch von Telegrammen zur Palästinaentscheidung, in: SIO, Bd. 1, S. 260f., 266f., 251–253.

³⁴ Čuev, Molotov, *Poluderžavnyj vlastelin*, S. 127f.

³⁵ Ebenda, S. 134. Diese Aussage findet sich auch bei Diplomaten wie M. M. Litvinov und N. V. Novikov bestätigt. Novikov beschrieb seine Unsicherheit nach dem Krieg und die Unfähigkeit, Entscheidungen zu treffen, ohne vorher konkrete Anweisungen und Richtungsvorgaben von Molotov bekommen zu haben. Vgl. Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 306f. Siehe auch Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, S. 282. Ähnlich beschrieb dies auch Litvinov. Vgl. Phillips, *Between the Revolution and the West*, S. 169ff.

³⁶ Vgl. hierzu die Aussagen unterschiedlicher Diplomaten: ISA 93.02/172/18, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, Washington, vertraulich, 11.9.1947, über Epsteins Gespräch mit M. S. Vavilov, dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, 2.9.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 645; CZA S25/6661, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 30.6.1947, Diskussion mit dem polnischen Botschafter Dr. Józef Winiewicz in Washington, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 424.

³⁷ ISA 93.03/2270/06, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 30.6.1947, Diskussion mit dem tschechoslowakischen Botschafter Dr. Juraj Slavič in Washington, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 489f.; *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 44, 264.

und somit auch begründete Hoffnung auf eine positive Politik der UdSSR bestehen würde.³⁸

Trotz wichtiger Entwicklungen in den Jahren 1946 und 1947, die ihren Einfluss auf die sowjetische Politik hatten,³⁹ ist die wesentliche Ausgangssituation, die zur sowjetischen Unterstützung der jüdischen Staatsgründung führte, in den Kriegsjahren und den besonderen Bemühungen der zionistischen Organisationen, sich als fortschrittliche und unabhängige Macht im Nahen Osten zu präsentieren, zu finden. Die Jewish Agency hatte die Sowjetunion gezielt in die Diskussion um die Zukunft Palästinas miteinbezogen und sie aufgefordert, Stellung zu beziehen. Eine besondere Rolle spielte in diesem Kontext der Kampf gegen die britische Mandatsmacht, der den Interessen der Zionisten wie auch der Sowjetunion zugrunde lag. Zeigten die Entwicklungen in Ägypten wenig Resultate, so beeindruckte das jüdische Engagement umso mehr die sowjetischen Behörden. Die Aussage von Arnold Krammer, „es ist unwahrscheinlich, dass die Palästinafrage 1944 von der Sowjetunion überhaupt schon bedacht wurde“,⁴⁰ spiegelt die Auffassung vieler Wissenschaftler wider, ist aber, wie hier auf der Grundlage der sowjetischen Dokumente nachgezeichnet wurde, unzutreffend.⁴¹ Ebenso ist jedoch die Schlussfolgerung von Laurent Rucker, „1945 hatte die Sowjetunion in der Tat noch keine politische Strategie für den arabischen Raum. Die Frage war stattdessen, ob Moskau die Schaffung eines jüdischen Staates unterstützen würde oder nicht“,⁴² zu einseitig und irreführend.⁴³ Die arabischen Staaten waren Teil der neuen „antiimperialistischen“ Politik der Sowjetunion, die im Rahmen der Nachkriegsplanungen im Nahen Osten eine besondere Schwachstelle für die sowjetische Sicherheit erkannte. In diese Überlegungen wurden seit ca. 1944 auch die jüdische Gemeinschaft und die zionistische Bewegung als Faktoren miteinbezogen. Wie der Mitarbeiter der Jewish Agency, Eliahu Sasson⁴⁴, zu Recht folgerte, beschränkte sich die sowjetische Haltung nicht auf das Palästina-Problem, sondern war Teil einer allgemeinen antibritischen Politik, die sich auch auf andere Fragen, wie die interne Teilung Ägyptens bezog.⁴⁵ Welche Motive die sowjetische Entscheidung beeinflussen, wird im Anschluss an das folgende Unterkapitel im Einzelnen herausgestellt.

2.2. Intensivierung der sowjetisch-israelischen Beziehungen

Die Kooperation zwischen der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und der Sowjetunion ging über die diplomatische Unterstützung bei der Anerkennung des Staates Israel hinaus.

³⁸ Weizmann Archive, Memorandum N. Goldmanns, 23. 1. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 51; CZA S25/5343, Memorandum W. Eytans, 25. 2. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 234; ISA 93.03/2266/15, Brief M. Comays an M. Schenck, 12. 6. 1947, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 2, S. 395.

³⁹ Rucker vermutet, dass die sowjetische Entscheidung letztlich Ende April 1947 getroffen wurde. Vgl. Rucker, *Moscow's Surprise*, S. 19.

⁴⁰ Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 36.

⁴¹ Vgl. z. B. Abu-Lughod (Hg.), *The Transformation of Palestine*, S. 421.

⁴² Rucker, *Moscow's Surprise*, S. 7.

⁴³ Ende 1944/Anfang 1945 sieht auch Brod eine „vorläufige Entscheidung zugunsten der jüdischen Aspirationen in Palästina“. Vgl. Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*, S. 46.

⁴⁴ Eliahu Sasson (1902–1978) war 1933–1948 Leiter der arabischen Sektion der politischen Abteilung der Jewish Agency. Nach der Staatsgründung arbeitete Sasson als Diplomat in Israel. Zunächst Direktor der Nahostabteilung des Außenministeriums Israels (1948–1950), war er später Gesandter in der Türkei und 1953–1960 Gesandter und Botschafter in Italien.

⁴⁵ CZA S25/485, E. Sasson an E. Epstein (Washington), 28. 6. 1946, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 1, S. 453.

Nach der UNO-Entscheidung hielten die Vertreter der Jewish Agency in Washington, E. Epstein und M. Shertok, intensiv Kontakt zu S. Carapkin, dem Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft, und dem Vertreter bei der UNO, A. Gromyko. Sie informierten über die Entwicklungen und setzten weiterhin in vielen langen Gesprächen ihre Positionen auseinander. Über eine enge Kooperation mit der UdSSR sicherten sie sich so die Garantie, dass ihre Interessen selbst bei Fragen, die der Novemberresolution widersprachen, wie bei Grenzfragen oder dem Status von Jerusalem, unterstützt wurden. In den Gesprächen wurde immer wieder hervorgehoben, dass die Sowjetunion und die Ostblockländer ihre Hauptunterstützer seien und der Kreml zudem der konsequenteste Verteidiger ihrer Rechte sei.⁴⁶ Gleichzeitig wurde das imperiale Interesse Englands, Palästina wieder unter die Kontrolle zu bringen, hervorgehoben. Carapkin gab den Inhalt der Gespräche mit Epstein direkt an Molotov weiter, darunter ausführliche Schilderungen der britischen Politik im Nahen Osten.

„Epstein sagte, dass es jetzt keinen Zweifel mehr daran gebe, dass die Engländer die feste Absicht haben, die Entscheidung der UNO in Bezug auf Palästina zu kippen. Die Engländer unterstützen und inspirieren mit allen Mitteln Aufruhr und öffentliches Auftreten der Araber gegen die Juden und nicht nur in Palästina, sondern im ganzen Nahen Osten.“⁴⁷

Ebenso wurde in diese Kritik auch die Politik der Amerikaner mit einbezogen, welche zusammen mit den Engländern nun eine strategische und politische Konsolidierung anstreben würden.⁴⁸

Auch die UdSSR ging in der Palästinafrage weiterhin in enger Absprache mit den jüdischen Interessen vor. Die Sowjetunion unterstützte von Beginn an die Mitgliedschaft Israels bei den Vereinten Nationen und widersetzte sich konsequent einer Revision der Teilungsresolution vom 29. November 1947. Im Anschluss an die Novemberabstimmung hatten die USA Zweifel an der Umsetzbarkeit der Entscheidung geäußert. Aufgrund der anstehenden Wahlen war die US-amerikanische Zustimmung in erster Linie von innenpolitischen Motiven bestimmt worden. Nun setzten sie sich stattdessen für eine Übergangszeit mit einer UN-Treuhandverwaltung ein. Im März 1948 beantragten die USA, Frankreich und China im Sicherheitsrat hierfür eine Revision der Teilungsresolution, da deren Umsetzung unmöglich sei. Auslöser für dieses Umdenken war in erster Linie die Opposition der Araber, die mit einer stark antiamerikanischen Stimmung einherging und die Befürchtung nahelegte, dass die amerikanischen Ölinteressen in Zukunft nicht mehr gewährleistet seien.⁴⁹ Die Sowjetunion verurteilte den Antrag und kritisierte die Verzögerungen bei der Umsetzung der UNO-Teilungsresolution: Eine Treuhandverwaltung würde den

⁴⁶ Z. B. Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen Botschafters in der Tschechoslowakei, M. A. Silina, mit dem israelischen Gesandten in der Tschechoslowakei, E. Überall, 9.8.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 337.

⁴⁷ Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen interimistischen Chargé d'affaires in den USA, S. K. Carapkin, mit dem Leiter der Jewish Agency für Palästina in Washington, E. Epstein, 18.12.1947, geheim, in: SIO, S. 276. Vgl. auch das Gespräch vom 26.1.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 281ff.

⁴⁸ Bericht des politischen Beraters der Vertretung der Jewish Agency für Palästina in New York, L. Gelber, über das Gespräch mit dem Direktor der Abteilung der Vereinten Nationen des US-amerikanischen Außenministeriums, D. Rask, streng vertraulich, 5.11.1947, in: SIO, Bd. 1, S. 262f.

⁴⁹ Der Vizepräsident der Arab-American Oil Company, James T. Duce, bereiste Anfang 1948 die arabischen Staaten und setzte sich gegenüber der US-Regierung für eine stärkere Berücksichtigung der Ölinteressen in den Beziehungen zu den arabischen Staaten ein. Siehe hierzu die Aufzeichnung des Gesprächs des sowjetischen interimistischen Chargé d'affaires in den USA, S. K. Carapkin, mit der Jewish Agency für Palästina in Washington, E. Epstein, 9.2.1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 285.

semikolonialen Zustand in Palästina nur fortsetzen und außerdem die Entscheidungskraft der UNO untergraben.⁵⁰

Im September 1948 legten die USA und Großbritannien der UNO einen neuen Plan, ausgearbeitet vom UNO-Vermittler Graf Bernadotte⁵¹ vor, in dem Ansinnen eine gemeinsame Position einzunehmen. Hiernach wurde im Wesentlichen angestrebt, den Negev und den arabischen Teil Palästinas an Transjordanien anzuschließen, welches in engem Bündnis mit Großbritannien stand. Der Negev war die strategisch wertvolle Verbindung vom Mittelmeer zum Roten Meer und bot militärstrategisch eine gute Plattform sowie die Option eines Ersatzkanals, sollte der Suezkanal wegen der Differenzen mit Ägypten unnutzbar werden. Auch im Rahmen dieser Diskussion beharrte Moskau auf den Beschlüssen der Novemberresolution und orientierte sich im Weiteren an den israelischen Interessen.⁵² Noch Ende Oktober 1948 schrieb der israelische Außenminister, Moshe Shertok, in einem ausführlichen Bericht über die sowjetische Haltung an seine Regierung:

„Im Großen und Ganzen haben wir sehr gute gegenseitige Beziehungen zur Sowjetunion. Die Russen wollen sich in allen Details ein Bild von unserer Position machen. [...] Im Sicherheitsrat fungieren die Russen nicht nur als unsere Verbündeten, sondern sogar als unsere Emissäre.“⁵³

Auch die sowjetische Presse ergriff Partei für den jüdischen Staat. Hatte der sowjetische Vertreter auf der am 27./28. Mai 1948 stattfindenden Sitzung des Sicherheitsrats der UNO den arabischen Angriff als Aggression verurteilt und den sofortigen Rückzug der Truppen gefordert, so griff auch die sowjetische Presse die Politik der arabischen Staaten an. Im September 1948 hieß es z. B. in der „Pravda“:

„[...] als die Armee Israels ihr Land gegen die arabischen Legionen verteidigte, die von englischen Offizieren befehligt wurden, waren alle Sympathien der sowjetischen Menschen auf der Seite der Opfer und nicht auf der Seite der Täter.“⁵⁴

Die wesentliche Verantwortlichkeit für den arabischen Angriff auf den neuen Staat wurde allerdings den Engländern zugeschrieben. Der britische Imperialismus strebe die Beseitigung des jüdischen Staates mit Hilfe der arabischen Staaten an, um den eigenen Einfluss wieder geltend zu machen.⁵⁵ Gerade an dieser Argumentation kann die sowjetische Hauptintention abgelesen werden, da die sowjetischen Darstellungen auch in späteren Interpretationen, nach der sowjetischen Umorientierung, dieser Schlussfolgerung einer imperialistischen Initiative treu blieben, nur wurden nun nicht mehr die Araber, sondern die Israelis als Aggressoren verurteilt. So hieß es 1957 in einer Publikation der sowjetischen Historike-

⁵⁰ Rede Gromykos auf der zweiten Sondersitzung der UNO-Generalversammlung, 20. 4. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 302.

⁵¹ Der Plan des UNO-Vermittlers Graf Folke Bernadotte wurde am 20. 9. 1948 zur Diskussion gestellt. Bernadotte war während der Nachforschungen allerdings Opfer eines Mordanschlags durch ein Mitglied der jüdischen Terrororganisation „Vaterlandsfront“ in Jerusalem geworden, so dass der Plan drei Tage nach seiner Ermordung der UNO präsentiert wurde.

⁵² Aus den Anmerkungen des Mitglieds der Delegation der UdSSR auf der dritten Sitzung der Generalversammlung der UNO, S. K. Carapkin: Folgerungen und Vorschläge zum Vortrag des UNO-Vermittlers in Palästina Bernadotte, 1. 10. 1948, in: Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967, Bd. 1, S. 58ff.; Memorandum V. M. Molotovs an I. V. Stalin, 20. 10. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 407ff.; zur israelischen Haltung zum Bernadotte-Plan vgl. Documents on the Foreign Policy of Israel, Bd. 1, S. 622, 626–628.

⁵³ Vortrag des israelischen Außenministers, M. Schertok, auf der Regierungssitzung Israels, 26. 10. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 414.

⁵⁴ Il'ja Ėrenburg, „In Bezug auf einen Brief“, in: Pravda, 21. 9. 1948.

⁵⁵ Vgl. hierzu Abu-Lughod (Hg.), The Transformation of Palestine, S. 422–424.

rin Vatolina, die Imperialisten hätten mit dem von ihnen inspirierten Krieg der arabischen Staaten mit Israel versucht, die nationalen Befreiungsbewegungen in der arabischen Welt zu schwächen.⁵⁶

Israel seinerseits wusste die auch ein Jahr nach der UNO-Entscheidung noch immer vorteilhaften Beziehungen zur Sowjetunion anzuerkennen und förderte sie durch den Empfang der ersten ausländischen Gesandten in Israel aus Moskau und Prag. Israel selbst hatte den Kreml aufgefordert, schnell zu agieren, so dass am 9. August 1948, drei Tage vor dem amerikanischen Repräsentanten, der sowjetische Gesandte P. I. Eršov empfangen wurde. Eršov war damit gleichzeitig der Doyen des diplomatischen Korps in Israel, was für die Rangliste von entscheidender Bedeutung war.⁵⁷ Nicht zufällig wurde als erster israelischer Diplomat der Gesandte für die Tschechoslowakei ernannt. Ehud Avriel trat bereits im Mai 1948 als Gesandter in Prag an. Die Ankunft der israelischen Gesandten in Moskau, Golda Meyerson (Meir), verzögerte sich aufgrund eines Unfalls, was in Israel zu beträchtlichem Unbehagen führte.⁵⁸ Die ausgesprochen freundliche Atmosphäre beim Empfang Meyersons in Moskau aber und die breite Pressepräsenz zeigten, dass die Stimmung in den israelisch-sowjetischen Beziehungen Anfang September 1948 noch sehr gut war.

Über die konsequente diplomatische Unterstützung hinaus förderte der Kreml ab Frühjahr 1948 intensive Militärhilfe aus dem Ostblock, die in hohem Maße für die militärische Überlegenheit der jüdischen Truppen verantwortlich war. Der Kreml trug zur Abwicklung eines breit angelegten Waffenhandels inklusive Militärausbildungen über die Tschechoslowakei und Jugoslawien bei. Während die UdSSR selbst die seit Mai 1948 vorgebrachten Anfragen von Seiten Israels negativ beschied, um das Image eines friedlichen Staates beizubehalten, förderte sie den Sieg der jüdischen Armee auf Umwegen.⁵⁹ Ohne diese Hilfe hätte Israel als Staat wohl kaum überlebt, und es ist erstaunlich, dass in einer neueren russischen Darstellung der Geschichte Israels die Tatsache der Militärhilfe aus dem Ostblock gerade mal am Rande erwähnt wird.⁶⁰

Die UNO hatte nach der Novemberresolution ein generelles Waffenembargo für den Nahen Osten ausgerufen. Daher bemühten sich ab Ende 1947 sowohl arabische Staaten als auch die Jewish Agency um die Beschaffung illegaler Waffen. Beiden Parteien gelang es, entsprechende Verträge mit der Tschechoslowakei abzuschließen, was darauf zurückzuführen war, dass die ČSR dringend ausländische Devisen benötigte und der Waffenhandel ein lukratives Geschäft war.⁶¹ Bei den Waffen handelte es sich um veraltetes Material, das überwiegend während des Zweiten Weltkrieges für Deutschland hergestellt worden war und nun aufgrund der Umstellung des Militärs auf sowjetische Waffentechnik nicht mehr gebraucht wurde. Bereits am 1. Dezember 1947 konnte die Haganah nach direkten Kon-

⁵⁶ Vatolina, *Araby v bor'be za nezavisimost'*, S. 155.

⁵⁷ Telegramm M. Schertoks an E. Epstein, 22. 7. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 310. Interessanterweise verlor der sowjetische Gesandte diesen Rang im März 1949, als die amerikanische Gesandtschaft zu einer Botschaft aufgewertet wurde, die UdSSR daran aber offensichtlich kein Interesse hatte. Vgl. hierzu Gespräch Sh. Friedmans mit P. I. Eršov, 3. 2. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 459.

⁵⁸ Meir, *Mein Leben*, S. 240ff. Vgl. auch das Telegramm des israelischen Außenministers, M. Schertok, an den Sondervertreter Israels in den USA, E. Epstein, 22. 7. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 333.

⁵⁹ Versuche, mit der UdSSR in direkte Verhandlungen einzusteigen, wurden seit Ende Mai 1948 gemacht. Moskau lehnte wegen des Waffenembargos ab. Vgl. hierzu SIO, Bd. 1, S. 307f., 315f., 325f., 331, 433f.

⁶⁰ Vgl. Zvjagel'skaja, *Istorija*, S. 81.

⁶¹ Zu den ökonomischen Beweggründen siehe Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský*, S. 171; Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 69f.

takten einen ersten Vertrag über die Lieferung von Schusswaffen und Munition mit der ČSR aushandeln. Die Tschechoslowakei hatte, wie beschrieben, ohnehin eine projudische Politik verfolgt, und die Kontakte schlossen daher auch den tschechoslowakischen Außenminister Jan Masaryk mit ein. Gleichzeitig aber war es im Dezember auch Syrien gelungen, einen Vertrag über den Kauf von Granaten, Granatwerfern und Patronen zu unterzeichnen.⁶² Im Februar 1948 hielt sich eine ägyptische Militärdelegation in Prag auf, die mit einer dortigen Firma über Waffen und Munition verhandelte. Es ist möglich, dass auch diese Verhandlungen erfolgreich waren. Ginat vermutet sogar eine direkte Beteiligung der UdSSR, da sie mit Ägypten im März ein Wirtschaftsabkommen über den Ankauf von ägyptischer Baumwolle gegen Weizen- und Kornlieferungen aus der UdSSR unterzeichnete.⁶³

Zu betonen ist, dass der Waffenhandel von der Tschechoslowakei zunächst ebenso wie die Emigrationsförderung nach dem Krieg und die Entscheidung bei der UNO-Abstimmung Ergebnis einer unabhängigen Politik der osteuropäischen Staaten war. Während Prag Waffen an beide Nahostparteien verkaufte, verweigerte etwa Jugoslawien, das im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Staaten auch gegen die Teilung gestimmt hatte, noch im Februar 1948 den Transport der Waffen nach Palästina über jugoslawisches Territorium.⁶⁴ Der Kreml übte seinerseits vorerst keinen Druck aus und enthielt sich einer Einmischung, was einer indirekten Zustimmung gleichkam. Auf die Benachrichtigung über den tschechoslowakisch-syrischen Waffenhandel machte der Stellvertreter Molotovs, V. A. Zorin, im Januar 1948 den Vorschlag, Prag darauf hinzuweisen, dass ein Waffenhandel mit den Arabern derzeit nicht wünschenswert sei. Molotov jedoch kommentierte, dass von einer Einmischung Abstand genommen werden soll.⁶⁵ Dies änderte sich erst im Frühjahr 1948 mit der endgültigen Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei und der Festigung des sowjetischen Einflusses dort. Der Kreml bestimmte nun die einzelnen politischen Schritte und der Waffenhandel zwischen der Tschechoslowakei und der Haganah wurde in der Folge von Moskau gefördert.⁶⁶ Die Sowjetunion löste die Transportproblematik, indem sie Druck auf Tito ausübte, so dass ab März das erste Schiff mit Waffenladungen aus der ČSR von einem jugoslawischen Hafen auslaufen konnte. Jugoslawien entwickelte sich infolge dessen zum wichtigsten Zwischenstopp.⁶⁷ Stalin befürwortete die Waffenlieferungen an Israel, da die Analysen des sowjetischen Außenministeriums zu folgendem Schluss gekommen waren:

⁶² Die Waffen für Syrien erreichten ihr Ziel nicht. Zunächst über die Sperrung des Finanztransfers durch England behindert, wurde ein Großteil der Ware während des Schiffsports durch die Jewish Agency versenkt und dann nach Israel gebracht. Für weitere Waffenkäufe fehlten Syrien die Devisen. Vgl. die entsprechenden Dokumente in: SIO, Bd. 1, S. 278–281.

⁶³ Während Ro'i schreibt, dass der Handel zwischen der ČSR und Ägypten nicht stattgefunden habe aufgrund des Einspruchs von Vyšinskij, geht Ginat von einer Realisierung aus. In den Dokumenten konnte hierzu keine Information gefunden werden. Vgl. Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 150f.; Ginat, *The Soviet Union and Egypt, 1945–1955*, S. 84f.

⁶⁴ Telegramm des Direktors der politischen Abteilung der Leitung der Jewish Agency für Palästina, M. Schertok, an den Vorsitzenden der Leitung der Jewish Agency für Palästina, D. Ben Gurion, aus New York, 13. 2. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 287.

⁶⁵ Notizen des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, V. A. Zorin, an den Außenminister der UdSSR, V. M. Molotov, 22. 1. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 280f.

⁶⁶ Memorandum des Leiters der Nahostabteilung des MID SSSR, I. N. Bakulin, an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 5. 6. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 42f.

⁶⁷ Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 62f.

„Die Araber sind ermutigt durch die Hilfe der arabischen Staaten und der Engländer sowie durch das Zurückziehen der Unterstützung für die UN-Entscheidung durch die USA. [...] Die englische Verwaltung hilft den Arabern und behindert die Juden bei der Organisation ihrer Verteidigung.“⁶⁸

Es lag für den Kreml somit nahe, dem Wiedererstarken des englischen Einflusses in der Region über die Unterstützung der Juden Einhalt zu gebieten. Den arabischen Angriff auf Israel hatte die Arabische Liga, durch ihren Vorsitzenden Abdel Rahman Azam, am 15. Mai 1948 offiziell bekannt gegeben, eine Organisation, in der der Kreml ohnehin ein Instrument englischer Politik sah. Auch in Bezug auf die vorausgehenden kämpferischen Auseinandersetzungen, welche zahlreiche Opfer auf beiden Seiten gefordert hatten, sprach der Kreml von britischer Einmischung und Organisation.⁶⁹

Dementsprechend änderte sich auch das Ausmaß der Waffenverkäufe ab Frühjahr 1948. Wie Arnold Krammer in seiner ausgezeichneten Studie zur Militärhilfe aus dem Ostblock aufzeigte, erstreckte sich die tschechoslowakische Hilfe nun auf den Verkauf von schweren Waffen, Kampfflugzeugen sowie auf die Ausbildung israelischer Armeespezialisten.⁷⁰ Waffen wurden außerdem in den so genannten „Balak“-Flügen beschleunigt nach Israel transportiert. Ab April konnte die Haganah deutsche Messerschmitt- und englische Spitfire-Kampfflugzeuge inklusive der Ersatzteile und Bomben sowie Panzer in Prag erwerben. Für die notwendige Ausbildung israelischer Piloten und Techniker wurde eine tschechoslowakische Basis nahe der Stadt Žatec bereitgestellt, auf der im Weiteren auch Panzerfahrer und Fallschirmjäger geschult wurden.⁷¹

Golda Meyerson⁷² betonte in ihren Memoiren die Bedeutung der Waffenkäufe aus dem Ostblock, die für den Kriegsverlauf entscheidend gewesen seien.⁷³ Sie selbst hatte die riesigen Spendensummen von US-amerikanischen Juden eingeworben, durch die die Haganah die Waffenkäufe in Osteuropa finanzierte.

Im Laufe des Jahres wurden die Aktivitäten weiter ausgebaut. Im Juni 1948 stimmte der Kreml dem Vorschlag zu, eine jüdische Freiwilligenbrigade in der ČSR aufzustellen und auszubilden, um sie dann nach Palästina zu senden. Die Idee hatte Shmuel Mikunis, der Generalsekretär der jüdischen PKP, im Frühjahr 1948 geäußert, mit dem Ziel, militärische

⁶⁸ Memorandum der Nahostabteilung des MID SSSR über die Lage in Palästina nach der UNO-Entscheidung über die Teilung des Landes, 13. 4. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 298.

⁶⁹ Im Zeitraum Dezember 1947 – März 1948 gab es nach offiziellen Angaben der britischen Verwaltung 2000 Todesopfer, davon 800 Juden und 1200 Araber. Vgl. Memorandum der Nahostabteilung des MID SSSR über die Lage in Palästina nach der UNO-Entscheidung über die Teilung des Landes, 13. 4. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 297.

⁷⁰ Insgesamt kommt Krammer auf folgende Waffenkäufe: Neben mehr als 60 Mio. Kugeln verschiedenartiger Munition, 35 000 Gewehren und 5895 Maschinengewehren konnte die Haganah auch 25 Messerschmitt-109-Kampfflugzeuge, 59 Spitfire-IX-Kampfflugzeuge, 22 Panzer und 9932 Bomben, darunter 2614 der 70-kg-Bomben kaufen. Detaillierter zur Militärhilfe an Israel siehe die fundierten Darstellungen von Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 54–106; ders., *Arms for Independence*, S. 745–754.

⁷¹ Ders., *The Forgotten Friendship*, S. 89f.

⁷² Golda Meyerson (ab Ende der 1940er Jahre Golda Meir), geb. Mabowitsch (1898–1978), wuchs in Kiew und Pinsk auf, immigrierte dann aber mit ihrer Familie in die USA. Seit den 1920er Jahren war sie aktiv in der jüdischen Gewerkschaftsbewegung tätig, 1946–1948 arbeitete sie als Vorstandsmitglied der Jewish Agency. Nach der israelischen Staatsgründung ging sie als erste Gesandte nach Moskau, wurde aber schon ein halbes Jahr später, im April 1949, zur Arbeitsministerin ernannt. 1956–1966 war Meir Außenministerin Israels, 1969–1974 Premierministerin.

⁷³ Meir, *Mein Leben*, S. 214ff., S. 233f.

Unterstützung und neue Immigranten zu gewinnen. Für Prag bot auch dieses Arrangement klare finanzielle Vorteile, da der Besitz der Ausreisenden an die Tschechoslowakei übergehen sollte, wovon auch in intensiven Verhandlungen mit Israel nicht Abstand genommen wurde.⁷⁴ Für Stalin dagegen musste der Hauptnutzen der Verschickung von Brigaden in der politischen Wirkung auf die kämpfenden Einheiten in Israel bestehen. Im September begann die aktive Umsetzung. Mehr als Tausend Freiwillige aus verschiedenen Ländern Osteuropas meldeten sich, und Ende Februar 1949 erreichten die Truppen Israel, wo sie verschiedenen Einheiten zugewiesen wurden. In kleinerem Umfang fanden ähnliche Militärausbildungen auch in anderen Ostblockländern statt.⁷⁵

Die Kooperation zwischen der Sowjetunion und Israel blieb bis 1949 intensiv. Es führten jedoch seit Herbst 1948 zwei Faktoren zu einer Verschlechterung der Beziehungen, die im nächsten Kapitel zur Erklärung der Umorientierung der sowjetischen Politik näher ausgeführt werden.

3. Das revolutionär-imperialistische Paradigma Stalin'scher Politik

In der offiziellen Begründung für die sowjetische Position in der Palästinafrage berief sich die UdSSR auf ihre propagierte Politik der Freiheit und Selbstbestimmung für die Völker, die in der Unterstützung der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen zum Ausdruck komme.⁷⁶ Darüber hinaus ist viel über die tatsächlichen Gründe für diesen politischen Schritt diskutiert worden.⁷⁷ Insbesondere, da diese Entscheidung für die Öffentlichkeit unerwartet kam und damit für viele angesichts der zuvor wahrgenommenen sowjetischen Politik eine große Überraschung darstellte, sind die Hintergründe oft beleuchtet worden. Die nun zugänglichen sowjetischen Dokumente haben die Möglichkeit zu einem kompletteren Bild geboten, indem in den vorhergehenden Kapiteln auch die Entwicklung, die zu dieser Entscheidung führte, nachvollzogen werden konnte. Dadurch lassen sich aus der Entwicklung in der Tat mehrere Faktoren herausarbeiten, die bei der Entscheidungsfindung letztlich eine Rolle gespielt haben:

⁷⁴ Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 108f.

⁷⁵ Für die Behauptung des russischen Historikers V. Naumov, dass es auch in der UdSSR geheime Vorbereitungen für sowjetische Freiwilligenverbände gegeben habe, um eine kommunistische Infiltration zu forcieren, liegen keine Belege vor. Auch Naumov gibt keine Quellen an. Der Kreml hatte die jüdische Emigration und Militärhilfe aus Osteuropa befürwortet, die sowjetischen Juden oder direkte Hilfe jedoch immer davon ausgenommen. Daher ist es eher unwahrscheinlich, dass Freiwilligenverbände sowjetischer Juden gebildet werden sollten, zumal solche Unterstützung bereits in der Tschechoslowakei und anderen Ostblockstaaten vorbereitet wurde. Dahingehende Vorschläge wurden vom Außenministerium zudem konkret abgelehnt. Vgl. Schlussfolgerung des Beraters des MID SSSR, B. E. Štejn, aus dem Aufsatz Ě. G. Lembergs, geschickt an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, 22. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 36f.; Naumov, *Die Vernichtung des jüdischen Antifaschistischen Komitees*, S. 127. Bei den Angaben über die ČSR spricht der tschechoslowakische Historiker K. Kaplan von 200 israelischen Spezialisten, die in der Tschechoslowakei ausgebildet wurden und von 1300 jüdischen Freiwilligen. Vgl. Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 171. Vgl. auch Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 110–113, 120f.

⁷⁶ Siehe hierzu die Reden Gromykos, in: *SIO*, Bd. 1, S. 211–218, 267–273.

⁷⁷ Fundierte Diskussionen der Gründe finden sich v. a. bei Krammer, *Soviet Motives in the Partition of Palestine*, S. 102–119; ders., *The Forgotten Friendship*, S. 32–53; Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 36ff.

1. Beseitigung der Präsenz und des Einflusses Großbritanniens im Nahen Osten
2. Schwächung der gegen die UdSSR gerichteten britisch-amerikanischen Allianz
3. Internationaler Prestigezuwachs der UdSSR durch Sympathiegewinn in den jüdischen Gemeinschaften (vor allem in den USA)
4. Etablierung eines „neutralen“ und „progressiven“ Staates
5. Katalysatorfunktion Israels in der als reaktionär eingestuften Region des Nahen Ostens
6. Diplomatisches Mitspracherecht und Anerkennung als Großmacht

3.1. Diskussion sowjetischer Motive

Im Vordergrund stand für die Sowjetunion – und dieser Faktor ist in vielen Untersuchungen als ausschlaggebend hervorgehoben worden – das politische Kalkül, mit der Gründung eines jüdischen unabhängigen Staates in Palästina Macht und Einfluss Englands im Nahen Osten zurückzudrängen. Der Nachdruck, mit welchem England für seine Politik in den Reden wiederholt angeprangert wurde, ergab sich dabei sowohl aus der grundlegenden ideologischen Zielsetzung, das kapitalistische Lager zu schwächen, als auch aufgrund der sicherheitspolitischen Perspektive, die durch die Intensivierung des Kalten Krieges noch verstärkt Großbritannien und die USA als Gefährdung der sowjetischen Sicherheit rezipierte. Dieses Motiv findet sich auch durch die Bemühungen Moskaus bestätigt, die arabischen Staaten zu Anträgen vor der UNO zu ermutigen und ihre Forderungen nach Unabhängigkeit dort zu unterstützen. Dass die Erwartungen letztlich nicht erfüllt wurden und die arabischen Staaten sich in Moskaus Augen über die Arabische Liga enger an England banden, ließ den Kreml nach neuen Wegen suchen. Im Fokus standen dabei die Auflösung des Mandatsystems, welches England die Möglichkeit zur weiteren Kontrolle bot, und die Verhinderung der Bildung eines großsyrischen Reiches, wie es Großbritannien nach Moskauer Analysen mit einer Vereinigung von Syrien, Libanon, Transjordanien und Irak auch 1947 noch anstrebte.⁷⁸

Es entstand eine Übereinstimmung mit den zionistischen Interessen in Palästina, wobei sich auch die Jewish Agency darüber bewusst war, dass die Sowjetunion sie unterstützte, „nicht aus Sympathie für unsere Sache oder aus Feindschaft gegen die Araber, sondern weil sie ihre eigenen Rechnungen mit Großbritannien zu begleichen haben“.⁷⁹

Die grundlegende sowjetische Zielsetzung, das britische Imperium zu schwächen, nennt auch die russische Historikerin Irina D. Zvjagel'skaja – die unverständlicherweise in ihrer Darstellung trotz vorliegender Dokumente die langjährigen Kontakte des Kreml zu den Zionisten unerwähnt lässt – als allerdings alleinigen Grund für die Unterstützung der jüdischen Staatsgründung.⁸⁰ In dem kurzen Kommentar kommt aber am Rande zu Recht ein weiterer Faktor zur Sprache, der das zweite Hauptmotiv der sowjetischen Unterstützung bedingte.

„In der Tat war die Bildung eines unabhängigen jüdischen Staates ein Schlag gegen die Intention Großbritanniens, seine Herrschaft in Palästina zu sichern. Dabei hat die sowjetische Führung ihre Aufmerksamkeit nicht darauf gerichtet, welche politischen Kräfte an die Macht im jüdischen Staat kommen. Sie blieben zwar den Zionisten gegenüber ideologisch feindlich gesinnt und verfolgten im eigenen Lande Menschen, die zionistische Überzeugungen teilten, doch betrachteten sie in

⁷⁸ RGASPI, f. 17, op. 128, d. 389, ll. 10f., 1947, Analyse der aktuellen Lage Syriens.

⁷⁹ CZA S25/485, E. Sasson an E. Epstein (Washington), 28. 6. 1946, in: Political Documents of the Jewish Agency, Bd. 1, S. 454.

⁸⁰ Zvjagel'skaja, *Istorija*, S. 75.

dieser Periode allgemein die zionistische Führung als zweitrangigen Faktor im Kontext der gemachten strategischen Wahl. Die Zionisten konnte man im Gegensatz zu den von England unterstützten arabischen Regimen im Interesse der Stärkung der internationalen Position der UdSSR in der Nachkriegszeit nutzen.⁸¹

Der Nutzen für die „Stärkung der internationalen Position der UdSSR in der Nachkriegszeit“ geht über die Schwächung Englands hinaus und verweist auf mögliche Erwartungen, die mit einem jüdischen Staat in Palästina verbunden waren. Dieses Motiv findet sich in der Tat durch die internen sowjetischen Dokumente gestützt. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Kontext die erwartete Wirkung auf den Westen über die jüdische Diaspora. Gerade die USA standen deutlich im Fokus des Kreml. Dieses Interesse ließ sich schon von der sowjetischen Politik im Krieg ablesen. Die Initialisierung und Instrumentalisierung des jüdischen Antifaschistischen Komitees, um Solidarität und Unterstützung von der amerikanischen Gesellschaft zu gewinnen, hatte sich wie bereits beschrieben als extrem erfolgreich erwiesen. Die Gespräche sowjetischer Diplomaten zeigten nach dem Krieg ein fortgesetztes Interesse. Zurückzuführen war dies in hohem Maße auf das seit Sommer 1945 vom Kreml realisierte Atomwaffenmonopol der USA. Dadurch verstärkte sich die Bedeutung der US-amerikanischen Öffentlichkeit mit der Funktion einer Lobby gegen einen atomaren Angriff auf die UdSSR.⁸² Ein Beispiel für die Hervorhebung der Öffentlichkeit war Ždanovs 1947 gehaltene Rede, in der er behauptete, dass die Öffentlichkeit in den USA gegen Krieg sei.⁸³ Auch wurden direkte Erkundigungen über die Haltung der Juden in Amerika zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina eingezogen.⁸⁴ Von Bedeutung waren in diesem Rahmen eine positive Medienresonanz und der Einfluss, den man über eine Solidarität mit der als mehrheitlich prozionistisch eingeschätzten jüdischen Gemeinschaft gewinnen würde. So konstatierte der sowjetische Diplomat M. S. Vavilov, dass der Kreml mit der weltweiten Resonanz in den Medien auf die Rede Gromykos sehr zufrieden sei.⁸⁵

Hinzu kam, dass die sowjetische Erwartung eines steigenden Antisemitismus in den USA eine Kooperation mit der mit fünf Millionen größten jüdischen Gemeinde der Welt in einem besonders aussichtsreichen Licht erscheinen ließ.⁸⁶ Noch aktueller aber war die Beobachtung eines starken Anstiegs antisowjetischer Stimmungen in den USA, dem eine prozionistische Politik entgegenwirken sollte, da sie sowohl in den jüdischen Kreisen als auch im links-liberalen Umfeld Widerhall finden würde.⁸⁷ Im Hinblick auf die zunehmende Isolierung

⁸¹ Ebenda, S. 75.

⁸² Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 256.

⁸³ Andrej A. Ždanov, Report on the International Situation to the Cominform, 22.9.1947, <http://www.cnn.com/SPECIALS/cold.war/episodes/04/documents/cominform.html> (19.8.2007).

⁸⁴ ISA 93.02/172/18, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, Washington, vertraulich, 11.9.1947, über Epsteins Gespräch mit M. S. Vavilov, dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, 2.9.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 646.

⁸⁵ ISA 93.02/164/11, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 31.7.1947, Diskussion mit dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, Mr. Michail S. Vavilov, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 499.

⁸⁶ Z.B. CZA S25/6607, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 25.6.1947, über Epsteins Gespräch mit Dr. Vladimir Velebit, einem jugoslawischen Diplomaten, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 420f.

⁸⁷ Im Fokus stand hier auch eine Gruppe von Politikern um den ehemaligen Vizepräsidenten Henry Wallace, die sich für eine positive Politik gegenüber der Sowjetunion einsetzten. Vgl. ISA 93.03/2266/15, Brief M. Comays an M. Schenck, 12.6.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 395.

rung der UdSSR war dies von entscheidender Bedeutung. Stalin wollte in die internationalen Entscheidungen eingebunden werden. Dafür spricht auch die Tatsache, dass der Kreml in Bezug auf Palästina „nicht gegen die Mehrheit stimmen“ und sich hier möglichst im Einklang mit den USA befinden wollte. Die wachsende Kooperation der Westmächte aber, die sich deutlich gegen die Sowjetunion richtete, hatte im Juni 1947 mit der Verkündung des Marshall-Plans einen neuen Höhepunkt erreicht. In diesen Zusammenhang gehörte die sowjetische Unterstützung der jüdischen Immigration nach Palästina. Die Immigration war sowohl ein antibritischer Faktor als auch ein Faktor, der die Kontroverse zwischen England und den USA anfachen konnte. Auf der anderen Seite steigerte die Zulassung der Emigration das sowjetische Prestige in jüdischen und nicht-jüdischen prozionistischen Kreisen. Englischer Widerstand gegen die illegale Immigration erreichte im Sommer 1947 seinen Höhepunkt und zeigte sich eindrucksvoll an den Affären um das Flüchtlingsschiff „Exodus“, dessen Flüchtlinge nach Europa zurückgeschickt wurden, und die beiden größten illegalen Flüchtlingsschiffe „Pan York“ und „Pan Crescent“, die ca. 15 000 Juden aus dem Ostblock, vor allem aus Rumänien, nach Palästina bringen sollten, jedoch von den britischen Behörden daran gehindert und schließlich nach Zypern umgeleitet wurden.⁸⁸

Zusätzlich zu der Erwartung, dass sich die Gründung eines jüdischen Staates auf die innenpolitische Situation in den westlichen Staaten, insbesondere den Vereinigten Staaten, und auf die internationale Politik auswirken würde, stellt sich die Frage, welche Vorstellungen der Kreml mit dem Staat Israel selbst verband. Ein in der Forschung bisher immer wieder kontrovers aufgegriffenes Motiv ist die sowjetische Hoffnung auf einen sozialistischen Vorposten in der Region des Nahen Ostens.⁸⁹ Dieser Faktor wurde z. B. von Historikern wie Jaacov Ro'i oder auch Irina Zvjagel'skaja negiert.⁹⁰ Diese Ausschließlichkeit wird der Frage angesichts der Entwicklung und der Komplexität der sowjetischen Außenpolitik aber nicht gerecht. Zwar wurde von sowjetischen Diplomaten immer wieder auf die pragmatische Herangehensweise hingewiesen, doch können die grundlegenden ideologischen Überlegungen, die sich auch in den sowjetischen Analysen zu Palästina widerspiegeln, nicht außer Acht gelassen werden.

Über mehrere Jahre hatten die zionistischen Vertreter gegenüber sowjetischen Repräsentanten das Bild einer sozialistischen, fortschrittlichen und extrem engagierten Gesellschaft gezeichnet. Im Gegensatz zu den als semifeudal eingestuften Gesellschaften der arabischen Staaten, darunter auch Ägyptens, hatte die jüdische Gemeinschaft nach sowjetischen Vorstellungen bereits eine höhere Entwicklungsstufe erreicht. Die Landwirtschaft der jüdischen Siedler basierte weitenteils auf der Organisation von Kibbuzim, die einer sozialistischen Orientierung nahekamen, während in Ägypten trotz zunehmender Industrialisierung seit dem Krieg eine halb feudale Agrarwirtschaft vorherrschte. In diesem

⁸⁸ Auf der „Exodus“, die Mitte Juli 1947 Frankreich verließ, waren über 4500 illegale Flüchtlinge. Als die Exodus in Haifa anlegte, verweigerten die britischen Behörden den Flüchtlingen die Einreise und brachten sie gegen ihren Willen wieder nach Frankreich zurück, wo sich die Flüchtlinge wochenlang weigerten, von Bord zu gehen. Sie wurden schließlich unter Zwang in britische Lager in Deutschland gebracht. Die Schiffe „Pan York“ und „Pan Crescent“ hatten zusammen ca. 15 000 illegale Flüchtlinge an Bord. Monatelang verhinderten britische Behörden das Ablegen des Schiffes, und erst im Dezember 1947 bekam es die Möglichkeit, die Flüchtlinge allerdings statt nach Palästina in die Aufnahme-lager auf Zypern zu bringen.

⁸⁹ Z. B. Rucker, *Staline, Israël et les Juifs*, S. 157; Ginat, *The Soviet Union and Egypt, 1945–1955*, S. 88; Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 325, 333; Kaplan, *Der politische Prozess gegen R. Slánský und Genossen*, S. 170; Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR*, S. 64f.

⁹⁰ Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 36ff.; Zvjagel'skaja, *Istorija*, S. 75.

Sinne nahm die Landfrage für sowjetische Analysen eine besondere Rolle ein, da die Landreform den ersten wichtigen Schritt „zur Befreiung der Bauern“ darstellte. In Ägypten gehörten über 70 Prozent des Bodens Großgrundbesitzern, zu denen nicht zuletzt König Fārūq und die Regierungsmitglieder zählten.⁹¹ Novikov z. B. stellte diesen Aspekt in seinen Memoiren als starkes Hindernis für die nationale Befreiungsbewegung in Ägypten heraus.⁹² Ebenso gab auch ein Vergleich der Gewerkschaftsbewegungen als Ausdruck der organisierten Arbeiterschaft ein klares Indiz für die sowjetische Analyse einer gesellschaftlichen Reife und Fortschrittlichkeit der jüdischen Siedlungsbewegung: Während die Gewerkschaftsbewegung in Ägypten im Jahr 1946 bei einer Bevölkerungsgröße von ca. 19 Mio. Einwohnern um die 115 000 Mitglieder zählte, waren es in Palästina bereits zwei Jahre zuvor, unter der jüdischen Bevölkerung, die 1944 bei 553 600 Juden (29 Prozent der Bevölkerung) lag, 140 000 Mitglieder.⁹³ Mit dem Verständnis im Kreml, dass ein jüdischer Staat zu sehr mit dem Westen verbunden sein würde, um ein kommunistischer Staat zu werden, ging somit dennoch die Erwartung einher, einen fortschrittlichen, sozialistisch geprägten und politisch neutralen Staat an der Südflanke zu errichten, der eine enge wirtschaftliche und politische Kooperation mit der UdSSR eingehen würde.⁹⁴ Eine Aussicht, die von Seiten der Jewish Agency immer wieder in folgendem Sinne bestätigt wurde:

„Die relative Nähe der UdSSR zu Palästina und die Möglichkeiten eines beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Austauschs muss den jüdischen Staat unweigerlich dazu führen, die Etablierung freundschaftlicher Beziehungen und gegenseitiges Verständnis anzustreben.“⁹⁵

Unter der erhofften Neutralität im internationalen Kontext verstand der Kreml allerdings eine durchaus positive Neutralität, deren Funktion es auch war, „antisowjetische Intrigen zu blockieren, die in den reaktionären Zirkeln, die heutzutage die arabischen Länder beherrschen, so leicht ausgebrütet werden“.⁹⁶ Dahinter stand nicht zuletzt die Intention, mit der Etablierung eines jüdischen Staates die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in den arabischen Staaten voranzutreiben. Yaacov Ro'i erläutert diese These eines sowjetischen Motivs folgendermaßen:

„Der neue demokratisch und technologisch hoch entwickelte jüdische Staat würde diese Regime bei bloßem Vergleich ineffektiv und unbefriedigend erscheinen lassen, während der arabisch-jüdische Konflikt und die arabische Darbietung darin darauf hoffen lassen, dass innerstaatliche Unzufriedenheit dadurch ermutigt wird und ihr Sturz [der arabischen Regime] herbeigeführt wird.“⁹⁷

⁹¹ Von ca. 3,45 Mio ha Land gehörten ca. 1 Mio. der Regierung und 1,46 Mio. Großgrundbesitzern, d. h. insgesamt ca. 71%. Dagegen bearbeiteten 1,5 Mio. Bauern 260 000 ha Land. Vgl. Luckij, *Uzbekistan i Egipt*, S. 13. Eine Analyse der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse findet sich bei Abdel-Malek, *Ägypten: Militärgesellschaft*, S. 101ff.

⁹² Novikov, *Vospominanija diplomata*, S. 147.

⁹³ Zu Ägypten vgl. Vatolina, *Sovremennij Egipt*, S. 215. Die Einwohnerzahl Palästinas lag 1944 bei 1 764 522, davon waren 553 600 Juden, d. h. 29%. Zu Palästina vgl. *Supplement to the Survey of Palestine*, S. 10.

⁹⁴ CZA S25/6607, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 25.6.1947, über Epsteins Gespräch mit Dr. Vladimir Velebit, einem jugoslawischen Diplomaten, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 420f.

⁹⁵ ISA 93.02/172/18, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, Washington, vertraulich, 11.9.1947, über Epsteins Gespräch mit M. S. Vavilov, dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, 2.9.1947, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 647.

⁹⁶ ISA 93.02/164/11, E. Epstein an Mitglieder der Leitung der Jewish Agency, 31.7.1947, Diskussion mit dem ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Washington, M. S. Vavilov, in: *Political Documents of the Jewish Agency*, Bd. 2, S. 498.

⁹⁷ Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice*, S. 36.

Aus den Erklärungen Gromykos geht hervor, dass es sich bei der sowjetischen Entscheidung nicht um eine Position gegen die Araber handelte, sondern jederzeit mit einer sowjetischen Unterstützung der arabischen Unabhängigkeitsbewegungen gerechnet werden konnte. Nicht umsonst hatte der Kreml zunächst aus „taktischen Gründen“ für einen Einheitsstaat plädiert. Die ablehnenden arabischen Reaktionen richteten sich nun tatsächlich in erster Linie gegen die USA, während sich die UdSSR immer auf ihre erste Präferenz und auf den Mehrheitsentscheid berufen konnte. Der Kreml hoffte, die jüdischen Stimmen zu gewinnen, ohne aber die arabischen zu verlieren. Im Gegenteil erwartete sich Moskau eine vorteilhaftere Entwicklung im gesamten Nahen Osten, wie der stellvertretende Außenminister und UNO-Sicherheitsratsvertreter der UdSSR, Jakov Malik⁹⁸, im August 1948 seinem israelischen Kollegen bei der UNO, Abba Eban, gegenüber konstatierte. Seine Regierung gehe davon aus, „dass solch ein Ereignis, so drastisch wie den Krieg in Palästina zu verlieren, nicht ohne tiefe Auswirkungen an der arabischen Welt vorüber gehen kann. Wahrscheinlich wird es Zweifel an der Popularität einiger Regime geben, so dass man eine Periode verstärkter Umwälzungen erwarten kann.“⁹⁹

Die Erwartung, die Gründung eines demokratischen jüdischen Staates im Nahen Osten werde gravierende Auswirkungen auf die arabischen Staaten haben, hatte den Hintergrund, dass die Sowjetunion daran die Hoffnung knüpfte, neue populäre Regime würden westliche Einflussnahme besser abblocken. Das betraf einmal die englischen Planungen für ein großsyrisches Reich, welche durch den Vertrag mit Transjordanien für Moskau offensichtlich eine Fortsetzung fanden. Weiter stand dabei die Region als Ganzes im Fokus, da in Berichten die Meinung geäußert wurde, dass die syrische Unabhängigkeit zum Beispiel nur dann gefestigt und gewährleistet werden könne, wenn auch die anderen arabischen Staaten ihre vollständige Unabhängigkeit erlangt hätten.¹⁰⁰

Im Hinblick auf die ideologische Komponente muss auch Stalins These der politischen Allianz berücksichtigt werden. Ein Jahr vor der Unterstützung für einen jüdischen Staat hatte Stalin erläutert:

„Die Deutschen unternahmen eine Invasion in die UdSSR durch Finnland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn. Die Deutschen vermochten die Invasion durch diese Länder durchzuführen, weil damals in diesen Ländern Regierungen bestanden, die der Sowjetunion feindlich gesinnt waren. Als Resultat dieser deutschen Invasion hat die Sowjetunion [...] unwiederbringlich etwa sieben Millionen Menschen verloren. [...] Es fragt sich: Ist es verwunderlich, dass die Sowjetunion in dem Wunsche, sich für die Zukunft zu sichern, danach strebt, dass in diesen Ländern Regierungen bestehen, die zur Sowjetunion loyal eingestellt sind? Wie kann man, ohne wahnsinnig zu sein, diese friedlichen Bestrebungen der Sowjetunion als Expansionstendenzen unseres Staates darstellen?“¹⁰¹

Für Stalins außenpolitische Prämissen nach dem Zweiten Weltkrieg kann festgestellt werden, dass diese auch in Bezug auf die Entwicklung in Palästina Geltung besaßen. Stalin

⁹⁸ Jakov Aleksandrovič Malik (1906–1980) war seit 1937 Mitarbeiter des NKID, ab 1946 des MID. Als sowjetischer Diplomat war er 1942–1945 Botschafter in Japan, 1946–1953 stellvertretender Außenminister und währenddessen auch 1948–1952 ständiger sowjetischer Vertreter bei der UNO und im UNO-Sicherheitsrat. 1953–1960 war Malik Botschafter in Großbritannien, anschließend wieder stellvertretender Außenminister (bis 1980).

⁹⁹ Brief des israelischen Vertreters bei der UNO, A. Eban, an den Außenminister Israels, M. Schertok: Einige Anmerkungen in Zusammenhang mit dem Gespräch mit Herrn Jakov Malik, 12.8.1948, in: SIO, Bd. 1, S. 340.

¹⁰⁰ RGASPI, f. 17, op. 128, d. 389, ll. 7, 11, 1947, Analyse der aktuellen Lage Syriens.

¹⁰¹ Stalin, Interview mit dem Korrespondenten der „Pravda“ anlässlich der Rede Churchills in Fulton (USA), März 1946, S. 49.

wollte eine Erweiterung des strategischen Einflusses in den umliegenden Staaten insbesondere auch, um Zugang zu Basen, Flottenhäfen und Rohstoffen zu bekommen. Gleichzeitig musste jedoch eine ideologische Nähe gegeben sein, um dem Ziel einer sozialistischen Sicherheitszone zu entsprechen. Dies entsprach dem revolutionär-imperialistischen Paradigma (Zubok) seiner Politik, d. h. der Prägung durch imperialistische Bestrebungen als auch durch ideologische Grundannahmen.¹⁰² Die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina versprach eben diese beiden Faktoren. Der Krieg Hitlers in Afrika und sein Vordringen zum Suezkanal hatten erneut die essentielle Bedeutung des Mittelmeerraums als Transport- und Nachschubbasis vor Augen geführt. Palästina eignete sich ideal für Flottenhäfen, Landverbindungen und als Zugang zu den nahöstlichen Ölquellen, traditionelle Interessen, die wie beschrieben schon im Russischen Reich zu den Zielen der Zaren gehörten. Stalin selbst setzte sich intensiv mit der Politik der Zaren auseinander und entwickelte eine starke Bewunderung für einzelne Zaren, insbesondere für Ivan den Schrecklichen.¹⁰³ Dabei weckte wohl nicht zuletzt die strategische Expansion der Zaren sein Interesse.

Zusätzlich zur strategischen Relevanz Palästinas fand Moskau bei den Zionisten eine antibritische Haltung mit den Bemühungen um gute Beziehungen zur Sowjetunion gepaart und darüber hinaus wurde immer wieder die sozialistische Orientierung und die gesellschaftspolitische Nähe der jüdischen Gemeinschaft zur UdSSR betont. Auch die Kommunistische Partei in Palästina hatte sich seit 1925 als die stärkste KP im Nahen Osten bewiesen und war – gegen den Willen des Kreml – lange Zeit von jüdischen Mitgliedern dominiert worden. Die politischen Voraussetzungen in den arabischen Staaten dagegen hatten sich als zu reaktionär für die Entwicklung fortschrittlicher Parteien gezeigt. Selbst die ägyptische KP hatte nach einflussreichen Anfangsjahren, in denen sie enorme Kontrolle über die Gewerkschaften aufbauen konnte, nach 1925 beinahe jegliche Wirksamkeit verloren. Dagegen hatte es seit 1935 positive Erwähnungen der jüdischen Siedlerbewegung gegeben.

Zwar gab es auf beiden Seiten Bemühungen um staatliche Unabhängigkeit, doch das Engagement der Zionisten war wesentlich effektiver und richtete sich aktiv gegen die britische Mandatsregierung. Das Bekenntnis zu einem unabhängigen Staat bestimmte die gesamte Politik der Zionisten und wurde gegen alle Widerstände mit allen Mitteln, nicht zuletzt mit terroristischen Anschlägen erkämpft. Ebenso war die Unabhängigkeit erklärtes Ziel der Ägypter, was seinen Ausdruck auch in Demonstrationen, Streiks etc. fand, doch zeichnete sich die Politik oft durch Kompromissbereitschaft, Korruption und Uneinigkeit aus. Die ägyptische Beteiligung an der Arabischen Liga schien ein weiteres Merkmal für die Unsicherheit und Abhängigkeit der Politik zu bieten.

Nicht zuletzt hatten die Juden in Palästina während des Krieges ein hohes Engagement gezeigt, ihr militärisches Potential zu verbessern und mit der UdSSR zu kooperieren, um für ein Vordringen Hitlers gerüstet zu sein. Einige arabische Kreise dagegen hatten unter der Führung des Jerusalemer Muftis dem nationalsozialistischen Regime offen Sympathien entgegengebracht und sich um eine Zusammenarbeit bemüht.¹⁰⁴ Dies mag außerdem in

¹⁰² Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War*, passim.

¹⁰³ Wolkogonow, *Stalin. Triumph und Tragödie*, S. 404; Montefiore, *Stalin. Am Hof des Roten Zaren*, S. 204f., 265, 449; Meissner, *Triebkräfte und Faktoren*, S. 13f.

¹⁰⁴ Siehe hierzu Schechtman, *The Mufti and the Fuehrer*; Hirsowicz, *The Third Reich and the Arab East*.

dem Zusammenhang zu sehen sein, dass Stalins Vertrauen in die Loyalität muslimischer Völker während des Krieges insgesamt abnahm. Abgesehen von den durch Annexion unter sowjetische Herrschaft geratenen osteuropäischen Völkern und den Wolgadeutschen waren die meisten der von Stalin im Zweiten Weltkrieg deportierten Völker muslimische Völker aus dem Kaukasus und von der Krim, darunter die Krimtataren, Tschetschenen, Karačajer und Ingußen u. a.¹⁰⁵ Dem Süden kam nach Stalin als ungesicherte Nachbarregion eine besondere Priorität für die sowjetische Sicherheit zu. Eine prägnante Erinnerung Molotovs erhärtet dies: Nach dem Krieg habe Stalin eine Karte angesehen und mit Blick auf den Norden, den Westen und den Osten der UdSSR festgestellt, dass diese Grenzen nun aufgrund der Gebietserweiterungen in Ordnung seien. Dann aber habe Stalin auf die Region südlich des Kaukasus gezeigt und betont, dass ihm diese Grenze gar nicht gefalle.¹⁰⁶ Die Etablierung eines freundschaftlich gesinnten Staates war daher ein gewichtiger Sicherheitsfaktor, insbesondere nach dem Scheitern der sowjetischen Einflussnahme in Griechenland, der Türkei und dem Iran.

Ein weiteres Indiz für die Hoffnung auf politische Beeinflussung war die Tatsache, dass Stalin noch Ende 1948 eine Brigade jüdischer Freiwilliger aus Osteuropa nach Israel schicken ließ. Dabei ging es darum, aufgrund der Unterstützung der Staatsgründung gute, vorteilhafte Beziehungen und ein positives Prestige in Israel aufzubauen, so dass die Gesellschaft leicht zugänglich für zukünftige ideologische Einflussnahme war, wie sie ab Herbst 1948 forciert wurde. Sowjetische Diplomaten hatten Hinweise von Informanten über die Bedeutungslosigkeit der Kommunisten in Israel bekommen.¹⁰⁷ Gleichzeitig wurde in sowjetischen Berichten aber festgestellt, dass die Sympathien der Israelis für die Sowjetunion groß seien und sich daher viele Möglichkeiten zur Durchführung ihrer Propaganda ergeben würden.¹⁰⁸ Im Oktober wurde die Kommunistische Partei Israels, MAKI¹⁰⁹, unter der Vereinigung der jüdischen und der arabischen Kommunisten neugegründet. VOKS, seit der Staatsgründung in Israel präsent, verstärkte gleichfalls seine Aktivitäten, indem Ausstellungen, Buchläden, die Vertreibung sowjetischer Publikationen organisiert wurden und Maßnahmen ergriffen wurden, den sowjetischen Einfluss in der Liga für Freundschaft mit der Sowjetunion, die aus der im Krieg aktiven V-League hervorgegangen war, zu stärken.¹¹⁰ Drei Monate später, im Februar 1949, berichtete der sowjetische Gesandte in Israel in einem Schreiben an den Leiter der Nahostabteilung des Außenministe-

¹⁰⁵ Insbesondere in den Jahren 1943 und 1944 sind neben mehr als einer Million Deutsche auch über eine Million Krimtataren, eine halbe Million Tschetschenen und Zehntausende von Karačajern, Balkaren, Ingußen, Kurden und Aseris größtenteils nach Zentralasien, teils nach Sibirien deportiert worden. Sie wurden erst 1956 rehabilitiert.

¹⁰⁶ Siehe Resis (Hg.), *Molotov Remembers*, S. 8.

¹⁰⁷ Aufzeichnungen des Gesprächs des Rechtsberaters der Gesandtschaft der UdSSR in Israel, M. L. Muchin, mit dem israelischen Staatsbürger S. V. Cirjul'nikov, 13. 8. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 343.

¹⁰⁸ Brief des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 20. 10. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 410.

¹⁰⁹ HaMiflega HaKommunistit HaYisraelit, hebr. für: „Israelische Kommunistische Partei“. MAKI wurde 1948 in Absprache mit dem ZK der KPdSU mit Shmuel Mikunis als Generalsekretär unter Zusammenschluss der arabischen UTW und der jüdischen PKP gebildet. Moskau forderte eine enge Zusammenarbeit mit der syrischen und libanesischen KP. Im Dezember trat auch die Jüdische Kommunistische Partei bei. Siehe hierzu RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, ll. 45f., 2. 4. 1948, Bericht des stellvertretenden Leiters der Abteilung des CK VKP (b), L. Baranov, an M. A. Suslov, Sekretär des CK VKP (b), über ein Gespräch mit Emil Habibi und Shmuel Mikunis in Belgrad.

¹¹⁰ Brief des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, V. A. Zorin, 20. 10. 1948, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 409f.; Brief des sowjetischen Gesandten in

riums, dass die Liga bekanntlich nun unter sowjetischem Einfluss politisch umstrukturiert werde und ihre Aktivitäten intensiviere.¹¹¹

Die damals in westlichen Analysen oft geäußerte Prognose, dass die sowjetische Unterstützung die Vorbereitung einer weit angelegten kommunistischen Infiltration über die Immigration sowjetischer Juden sei, ist allerdings nur bedingt richtig.¹¹² Eine Infiltration mit Agenten auf diesem Wege hat es vereinzelt seit 1946 gegeben, mit dem Hauptziel, die Untergrundkämpfer mit Waffen zu versorgen und so den Kampf gegen die Briten zu verstärken. Das Hauptmotiv war, die Mandatsmacht zu schwächen. Gleichzeitig sollten auch Netzwerke für eine ideologische Beeinflussung geschaffen werden.¹¹³ Eine breit angelegte Infiltration durch die Emigration sowjetischer Juden aber fand zu keinem Zeitpunkt statt.¹¹⁴ Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass die sowjetischen Juden keine Ausreiselerlaubnis bekamen und der Kreml im Gegenteil eine Verbindung sowjetischer Juden zu Israel von Beginn an vehement unterbunden hat. Auch wurden diesbezügliche Vorschläge, wie aus den Dokumenten hervorgeht, abgelehnt.¹¹⁵

Ebenfalls Ausdruck der damals perzipierten Bedrohung durch die Sowjetunion war die auch von türkischer Seite vorgebrachte Befürchtung, dass die UdSSR mit der Teilung Palästinas die Situation in der Region verschärfen wollte, um so unter dem Vorwand der Sicherung eine Stationierung sowjetischer Truppen als Teil eines UNO-Kontingents zu erreichen. Auch dies sollte demnach der ideologischen Infiltration im gesamten Nahen Osten dienen.¹¹⁶ Die Bereitschaft zu einer solchen Truppenstationierung war im Kreml durchaus vorhanden, wie dies die Diskussion im Sicherheitsrat zeigte. Faktisch aber entsprach die Idee den jüdischen Interessen in Palästina, die ein solches Engagement eingefordert hatten.¹¹⁷ Weder durch die Entwicklung noch durch sowjetische Dokumente findet sich dieses Motiv dagegen als ursprüngliches sowjetisches Ziel bestätigt. Im Gegenteil fand sich in Memoranden die Auffassung, dass mit der regulären Umsetzung der Teilungsresolution ein Militäreinsatz verhindert werden kann und werden sollte.¹¹⁸ Und auch die

Israel, P. I. Eršov, an den Leiter der Abteilung für Länder des Nahen und Mittleren Ostens des sowjetischen Außenministeriums, I. N. Bakulin, 10. 2. 1949, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 465f.

¹¹¹ Brief des sowjetischen Gesandten in Israel, P. I. Eršov, an den Leiter der Abteilung für Länder des Nahen und Mittleren Ostens des sowjetischen Außenministeriums, I. N. Bakulin, 10. 2. 1949, geheim, in: SIO, Bd. 1, S. 465.

¹¹² Vgl. dazu Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 44ff.

¹¹³ Sudoplatow/Sudoplatow, *Der Handlanger der Macht*, S. 333. Sudoplatow schreibt, dass er 1946 den Befehl bekam, Agenten für Sabotage und Kampf gegen die Briten über Rumänien einzuschleusen, wofür er drei Offiziere auswählte. Weitere Agenten wurden in der Folge nach Israel geschickt.

¹¹⁴ Auch Krammer schreibt, dass weder für die Infiltration mit sowjetischen Agenten über die Immigration noch über das Rote Kreuz Beweise vorliegen. Vgl. Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 121.

¹¹⁵ Schlussfolgerung des Beraters des MID SSSR, B. E. Štejn, aus dem Aufsatz Ė. G. Lembergs, geschickt an den stellvertretenden Außenminister der UdSSR, A. Ja. Vyšinskij, 22. 4. 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 36f.

¹¹⁶ Zu den amerikanischen Befürchtungen siehe Krammer, *The Forgotten Friendship*, S. 42ff. Zu den türkischen Befürchtungen einer kommunistischen Infiltration aufgrund der Instabilität in Palästina siehe Steininger (Hg.), *Berichte aus Israel. Eine Aktenedition*, Bd. 1, S. 194, 202. Vgl. auch die Rezeption US-amerikanischer Überlegungen von der Jewish Agency: Dokument 113, in: SIO, Bd. 1, S. 287.

¹¹⁷ Zum Antrag auf Truppenstationierung von Seiten der Juden Palästinas vgl. Gespräch S. K. Carapkins mit E. Epstein, 26. 1. 1948, in: SIO, Bd. 1, S. 283f. Zur sowjetischen Haltung siehe Gespräch M. Schertoks mit A. A. Sobolev, dem stellvertretenden Generalsekretär der UNO, 26. 12. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 278f.

¹¹⁸ Kurzes Memorandum über die Erfüllung der Entscheidung der Generalversammlung in Bezug auf die Teilung Palästinas, Anfang 1948, in: *Bližnevostočnyj konflikt 1947–1967*, Bd. 1, S. 25.

massive Militärunterstützung für Israel über den Ostblock ist viel eher ein Beweis dafür, dass die UdSSR einen unabhängigen jüdischen Staat gesichert sehen wollte und nicht dessen etwaige Instabilität zu nutzen versuchte. Aus dem gleichen Grund ist auch die oft geäußerte Vermutung, Moskau habe sich einen Krieg in Palästina erhofft, unbegründet. Die UdSSR stimmte im Einklang mit der Mehrheitsmeinung ab, und auch eine Truppenstationierung war nur insofern erstrebenswert, als dies ein diplomatischer Erfolg im Sinne einer internationalen Anerkennung der Großmachtrolle bedeutet hätte. So erkundigte sich der Kreml interessiert, ob die USA einer gemeinsamen Truppenstationierung aller Sicherheitsratsmitglieder zustimmen würden.¹¹⁹

Dass der ideologische Gesichtspunkt gegenüber den strategischen Zielen nicht überbewertet werden darf, zeigte sich in den gespaltenen Reaktionen aus dem kommunistischen Lager. Die Stellungnahme zugunsten der jüdischen Staatsgründung kam für die kommunistischen Parteien ebenso überraschend wie für die überwiegende Mehrheit der Weltöffentlichkeit. Die arabischen Kommunisten hatten sich ebenso wie die jüdischen für einen gleichberechtigten jüdisch-arabischen Einheitsstaat stark gemacht.¹²⁰ Das ZK der KPdSU (b) hielt es nach Gromykos Rede im Mai 1947 für ratsam, dass sich das MID mit Beobachtungen des Generalsekretärs der arabischen Kommunisten Palästinas, d. h. der 'Uṣbat al-Taharrur al-Waṭanī, Emile Tuma, vertraut machte. Tuma hatte darauf aufmerksam gemacht, dass „der Vorschlag über die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat eine ablehnende Haltung von Seiten der progressiven Öffentlichkeit und in diesem Sinne auch von Seiten der Kommunistischen Partei hervorgerufen hat“.¹²¹ Ebenso traf der Teilungsplan auf Ablehnung bei den syrischen und libanesischen Kommunisten.¹²² Protestschreiben erreichten Moskau von Seiten jüdischer wie arabischer Gruppen.¹²³

Doch für die Entscheidungsfindung im Kreml waren die Ersteren ebenso ergebnislos wie die Letzteren. Stalin unterstützte den jüdischen Nationalismus und widersprach damit der jahrelang von der Komintern vorgegebenen antizionistischen Propaganda der kommunistischen Parteien. Schon früher hatte er mit überraschenden Politikwechseln die kommunistischen Parteien in Erklärungsnöte gebracht. Plötzliche Entscheidungen Stalins wie die Abwendung von der zuvor propagierten Volksfrontbewegung oder auch die unerwartete Aufgabe der Kommunisten im Jahr 1939, einen Pakt mit Hitler rechtfertigen zu müssen, hatten oft zu einer erheblichen Schwächung der kommunistischen Parteien geführt.

Wesentliche Ziele waren die Schwächung Englands und die Einwirkung auf die Weltöffentlichkeit und die internationale Position der UdSSR. Eine ideologische Beeinflussung wurde von Stalin als logische Folgeentwicklung und ohnehin zwangsläufige Erscheinung antizipiert.

¹¹⁹ Gespräch M. Schertoks mit A. A. Sobolev, dem stellvertretenden Generalsekretär der UNO, 26. 12. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 254.

¹²⁰ RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 19, 27. 7. 1947, Bulletin der Liga Nationaler Befreiung (UTW) zur Palästinafrage. Siehe auch: Brief des ZK der MAPAJ, 29. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 223f.

¹²¹ RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 31, 6. 11. 1947, Geheimschreiben des stellvertretenden Leiters der Abteilung des CK VKP (b), V. Mozetov, an den Sekretär des CK VKP (b), M. A. Suslov.

¹²² RGASPI, f. 17, op. 128, d. 1114, l. 32, Oktober 1947, Bericht des Londoner TASS-Korrespondenten über die Deklaration der syrischen und libanesischen KP.

¹²³ Zur arabischen Reaktion siehe RGASPI, f. 17, op. 128, d. 388, ll. 2–10, Mai 1947, einige Anmerkungen über die Rede des Genossen Gromyko zur Palästinafrage, gehalten auf der UNO Generalversammlung am 14. 5. 1947. Zu den Reaktionen jüdischer Gruppen vgl. Brief des ZK der MAPAJ, 29. 5. 1947, in: SIO, Bd. 1, S. 223.

3.2. Sowjetischer Antizionismus und eine prozionistische Außenpolitik

Das oft geäußerte Erstaunen über die sowjetische Unterstützung der Staatsgründung geht darauf zurück, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik angenommen wird. Aufgrund der bolschewistischen Verurteilung des Zionismus als einer nationalen Bewegung, die den Interessen des Proletariats widersprach, und außerdem angesichts des immer wieder zutage tretenden Antisemitismus in Russland und der Sowjetunion sei eine derartige Unterstützung nicht zu erwarten gewesen. Darüber wird aber außer Acht gelassen, dass innenpolitische Repressionen nur bedingt mit der Außenpolitik verbunden waren und dass sie sogar eher eine Reaktion auf außenpolitische Einflüsse darstellten. Eliahu Epstein war sich dieses Phänomens bereits 1942 bewusst, als er in seinem Bericht über die Gespräche mit sowjetischen Diplomaten festhielt, dass sich trotz der Kooperation mit den demokratischen Staaten die Innenpolitik der Sowjetunion nicht geändert habe: „[...] es hat keinen Wandel in der Innenpolitik der UdSSR gegeben, trotz der Außenpolitik der sowjetischen Regierung. [...] Einhergehend mit erhöhter politischer und militärischer Kooperation zwischen Sowjetrußland und den Demokratien, verstärkt Stalin seine Überwachung der öffentlichen Meinung innerhalb der UdSSR.“¹²⁴ Auch Antizionismus war vor, während und nach der Unterstützung eines jüdischen Staates in Palästina ein Faktor in der sowjetischen Innenpolitik und seit 1948, dem Jahr der Staatsgründung, trat ein starker, von der Partei geförderter Antisemitismus zutage. Noch im Laufe des Krieges hatten sich antisemitische Vorkommnisse gehäuft, und Juden wurden zunehmend aus hohen Positionen gedrängt. Die Betonung der nationalen russischen Kultur, der Rückbezug auf die nationale Geschichte, von Stalin selbst gefördert und in seinen Reden betont, führte nicht zuletzt auch zur Diskriminierung der Minderheiten. Auch am EAK wurde schon gegen Ende des Krieges ab Mai 1944 wiederholt Kritik geübt.¹²⁵ Nach dem Krieg gab es Überlegungen, das Komitee zu schließen, was im November 1946 sogar von der außenpolitischen Abteilung des ZK der KPdSU (b) dringend angeraten wurde, da die Arbeit des Komitees nicht nur nicht „zweckmäßig“, sondern auch noch „politisch schädlich“ sei.¹²⁶ Aufgrund ihrer Auslandskontakte und ihres Antrags auf Errichtung einer Jüdischen Autonomen Republik auf der Krim wurden Anschuldigungen wegen nationaler Bestrebungen erhoben, die später in der Verurteilung der Mitglieder herangezogen wurden.¹²⁷ Die Argumentation richtete sich vor allem gegen eine zionistische Haltung des Komitees: Es „kämpft nicht nur nicht gegen bürgerlich-nationalistische, zionistische Ideologien und Praktiken dieser Organisationen, sondern sinkt auch selbst herab auf die Position des jüdischen Nationalismus und Zionismus und wird zum Gefangenen ihrer Ideen“.¹²⁸ Für den Kreml war das EAK in jeder Hinsicht ein Instrument sowjetischer Kriegspolitik gewesen. Stalin nutzte das Komitee, um die öffentliche Meinung vor allem in

¹²⁴ Geheimbericht E. Epsteins an M. Schertok, 25.1.1942, über die Verhandlungen mit dem sowjetischen Botschafter in Ankara, S. A. Vinogradov, in: SIO, Bd. 1, S. 38.

¹²⁵ Mitglied des Sovinformbüros H. Kondakov an A. C. Ščerbakov, Sekretär des CK VKP (b), über den nationalistischen Trend in der Arbeit des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, Mai 1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR, S. 48; Notiz V. Molotovs zu einem Brief des EAK, mit der Bitte um Versorgung der sowjetischen Juden mit Hilfsgütern, 28.10.1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 59.

¹²⁶ Vorschlag M. Suslovs, Abteilung für Außenpolitik des ZK, an das Sekretariat des ZK, das Jüdische Antifaschistische Komitee zu schließen, 19.11.1946, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 91.

¹²⁷ Ebenda, S. 88.

¹²⁸ Ebenda.

Großbritannien und den USA für die Sowjetunion zu gewinnen, und außerdem, um finanzielle und wirtschaftliche Hilfe zu bekommen. Die finanzielle Unterstützung und Hilfsgüter z. B., die das Komitee im Ausland organisiert hatte, kamen der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR oft gar nicht zugute. So beschwerte sich Michoëls bei Molotov im Oktober 1944, dass Juden in der ganzen UdSSR keine Hilfsgüter erhalten würden.¹²⁹ Im Jahr der Staatsgründung Israels folgte eine neue Welle der Massenverhaftungen, wovon nun gerade das Jüdische Antifaschistische Komitee betroffen war. Anzeichen der im Januar 1949 beginnenden Kampagne gegen „Kosmopoliten“ respektive „wurzellose Kosmopoliten“, der viele Juden zum Opfer fallen sollten, deuteten sich schon 1948 durch die Schließung von jüdischen Theatern und Vereinigungen an. Diese Parallelentwicklung weist insofern eine weitgehende Unabhängigkeit der politischen Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik unter Stalin auf, als dass die Unterstützung eines jüdischen Staates für Stalin nicht im Zusammenhang mit den sowjetischen Juden stand, denen die Ausreise dementsprechend auch verweigert wurde. Die Unterstützung eines jüdischen Staates erfolgte aus taktischen, „antiimperialistischen“ Überlegungen heraus, ohne deshalb Zionismus grundsätzlich zu akzeptieren. Stalin nutzte eine Gelegenheit, den britischen Einfluss zu beseitigen und ein der Sowjetunion freundlich gesinntes Regime zu unterstützen, wie er es auch in der Türkei, im Iran oder in China mit der Unterstützung nationaler Bestrebungen der Minderheiten versucht hatte. Die Juden in Palästina hatten sich als Minderheit im arabischen Nahen Osten angeboten, die als reaktionär und britisch dominiert wahrgenommene arabische Welt zu erschüttern und mit ihren nationalen Ansprüchen den britischen Einflussraum zu durchbrechen. In diesem Sinne instrumentalisierte Stalin den Kampf der Juden in Palästina gegen die britische Mandatsmacht, förderte den „Separatismus“ von der britisch dominierten arabischen Welt, genau wie den Partisanenkampf in anderen westlich orientierten oder reaktionären Ländern. Wie Stalin Georgi Dimitrov, dem Vorsitzenden der Bulgarischen Kommunistischen Partei, in einem anderen Kontext mit Bezug auf den Partisanenkampf in Griechenland erklärte, mussten solche Bewegungen genutzt werden, wenn sie Aussicht auf einen Sieg versprachen. War dies nicht der Fall, so sah er sich nicht durch einen „kategorischen Imperativ“ gebunden.¹³⁰ Stalin vermied demzufolge so lange eine offene Positionierung, wie er eine direkte Konfrontation oder eine Niederlage nicht ausschließen konnte. Als die Beharrlichkeit der Zionisten durch die Entscheidung der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas gefestigt werden konnte, gab dies Stalin die endgültige Sicherheit, dass der Westen sich nicht auf Kampfhandlungen einlassen konnte. Erst die ungewollte Wirkung der außenpolitischen Entscheidung auf Teile der sowjetischen Gesellschaft ließ Stalin in Reaktion innenpolitische Maßnahmen ergreifen.

¹²⁹ Verteilung von ausländischen Hilfsgütern nicht an Juden – Beschwerde des EAK an Molotov, geschrieben von Michoëls und Epstein, 28.10.1944, in: Gosudarstvennyj antisemitizm, S. 58.

¹³⁰ Banac (Hg.), *The Diary of Georgi Dimitrov*, S. 442f.